

r
etag

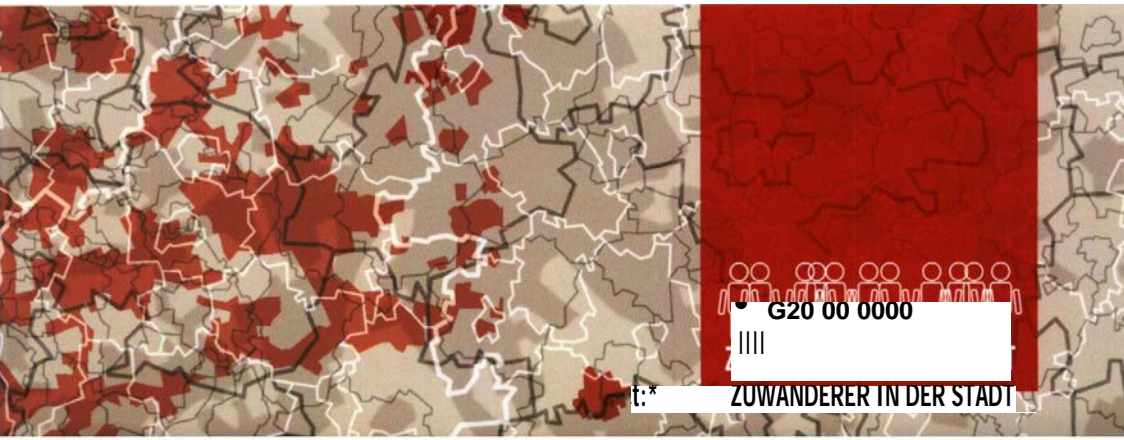
GdW
Bundesverband
deutscher Wohnung-
und
Immobilienunternehmen



aza

Herausgegeben von
den Verbundpartnern „Zuwanderer in der
Stadt“

Zuwanderer in der Stadt Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik



Die „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ wurden von einem interdisziplinär besetzten Expertenforum aus Wissenschaftlern und Praktikern aus Kommunen und Wohnungswirtschaft im Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ erarbeitet.

Auf der Basis kritischer Analysen der bisherigen Integrationspolitik und künftiger demographischer und städtischer Entwicklungen zeigen die Empfehlungen differenzierte Ansätze zur sozialräumlichen Integration von Zuwanderern in Deutschland auf. Sie sollen Praktiker in Politik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft, aber auch Akteure vor Ort dabei unterstützen, die Integration von Zuwanderern in Deutschland zu fördern und zu erleichtern.

Dem Expertenforum gehören an:

Dierk Hausmann, Fachbereichsleiter im

Stadtplanungsamt, Frankfurt am Main

Willi Hoppenstedt, Geschäftsleitung der SAGA Siedlungs-

Aktiengesellschaft und GWG Gesellschaft für Wohnen und

Bauen mbH, Hamburg

Prof. Barbara John, ehern. Ausländerbeauftragte, Berlin

Manfred Krause, Vorstandsmitglied des Spar- und

Bauvereins Solingen eG, Solingen

Aydan Özoguz MdHB, Fachsprecherin: Migration, SPD-

Fraktion Hamburgische Bürgerschaft, Hamburg

Prof. Dr. Walter Siebet, Stadtsoziologe, Carl-von-

Ossietzky-Universität, Oldenburg

Hans-Joachim SchlöBl, Leiter des Amts für Wohnen und

Stadterneuerung, Nürnberg

Prof. em. Dr. Erika Spiegel, Stadtsoziologin, Heidelberg

Bernhard Spiller, Ltd. Geschäftsführer der Nassauischen

Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft



mbH, Frankfurt am Main
Gerd-Reiner Voss, Leiter des Amts für Wohnungswesen,
Hagen

Schader-Stiftung

Deutscher Städtetag

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen

Deutsches Institut für Urbanistik

Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regional-
entwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum

(Hrsg.)

Zuwanderer in der Stadt Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik

Herausgeber:

Schader-Stiftung

Deutscher Städtetag

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen

Deutsches Institut für Urbanistik

Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung

GmbH an der Ruhr-Universität Bochum

Bezugsadresse:

Schader Stiftung

Karlstraße 85

64285 Darmstadt

Tel. 0 61 51-17 59-0

kontakt@schader-stiftung.de

Download unter

www.zuwanderer-in-der-stadt.de

oder unter:

www.schader-stiftung.de

Eine englische Fassung der „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ steht ebenfalls zum Download bereit.

Das diesem Bericht zu Grunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 19W3048A gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.

Inhalt

I. Einleitung	5
Das Projekt	5
Das Expertenforum	7
Die Adressaten	9
Definitionen	10
„Zuwanderer“	10
„Integration“	10
II. Sachstand	11
Mehr Personen mit Migrationshintergrund	11
Zuwanderung nach Deutschland	11
Verteilung über das Bundesgebiet	12
Integrationsbedarfe wachsen	14
... auf dem Arbeitsmarkt	14
... auf dem Wohnungsmarkt	15
Steuerungsmöglichkeiten schrumpfen	16
III. Empfehlungen	18
Integration trotz Segregation	18
Kompetenzen und Angebote	22
... in der Kommune	22
... bei Trägern sozialer Maßnahmen	24
... in Wohnungsunternehmen	25
Bildung und Spracherwerb vor Ort	26
Bildung	26
Sprachförderung	32
Berufliche Orientierung	34
Migranten-Ökonomie	37
Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten	42
in der Kommune	42
... in Wohnungsunternehmen	42
Sicherheitsempfinden im Quartier	47
Freiräume	50

B. Nutzungsmischung im Quartier	53
Städtebau, Architektur und soziales Zusammenleben	55
Wohneigentumsbildung	62
IV. Zusammenfassung	63
V. Anhang	69
Arbeitsweise des Expertenforums	69
Städte im Praxis-Netzwerk	71
VI. Literaturverzeichnis	74
VII. Fundstellen für Praxisbeispiele	82

1. Einleitung

1. Das Projekt

Die sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Deutschland steht im Mittelpunkt des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“, das die Verbundpartner Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag (DST), GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW), Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) und Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum (InWIS) von Januar 2004 bis August 2006 gemeinsam durchführen. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Das Projekt geht von zwei Annahmen aus:

Erstens: In allen Ländern mit starker Einwanderung gibt es die einheitliche Erfahrung, dass Zuwanderer sich in bestimmten Wohnquartieren konzentrieren. Das gilt für die so genannten klassischen Einwanderungsländer, wie die USA oder Kanada, wie auch für die europäischen Staaten, die häufig politisch ungewollt in der Nachkriegszeit zu Einwanderungsländern geworden sind.

Räumliche Konzentration mit ihren zahlreichen **Unterstützungsstrukturen** für Zuwanderer kann sich zur **Abschottung** gegenüber dem Einwanderungsland entwickeln. Die Folgen sind dann soziale und wirtschaftliche **Isolation** für mehrere Generationen von Zuwanderern. Aus diesen Quartieren heraus kann es auch zur Entwicklung von **Gegenkulturen** zum Leitbild einer offenen Gesellschaft kommen.

Aufgabe anerkannt. Dies findet Ausdruck in dem im Jahr 2000 geänderten Staatsbürgerschaftsrecht sowie im jüngst in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetz.

Zweitens: Konjunkturell und strukturell bedingt nimmt die **Integrationskraft des Arbeitsmarktes** stetig ab. Im Gegenzug gewinnen das **Wohnviertel und die Wohnung** als alltägliche Aufenthaltsorte steigende Bedeutung für die Integration. Das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ konzentriert sich daher auf den **Integrationsraum des Quartiers, des Wohnumfelds und der Wohnung**. Dieser Aspekt findet im Zuwanderungsgesetz keine hinreichende Berücksichtigung.

Das Projekt ist folgendermaßen aufgebaut:

Tragende Säulen des Projekts sind ein mit Wissenschaftlern und Praktikern besetztes „**Expertenforum**“ sowie ein „**Praxis-Netzwerk**“ aus acht kooperierenden Großstädten. Die vom Expertenforum hiermit vorgelegten Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik in Deutschland markieren den Abschluss der ersten Arbeitsphase im Projekt „Zuwanderer in der Stadt“.

Ab Februar 2005 sollen die Empfehlungen in den Kommunen des Praxis-Netzwerks auf die jeweiligen lokalen Zusammenhänge übertragen und vor Ort erprobt werden.

An dem Netzwerk beteiligen sich folgende Kommunen (vgl. Anhang):

Berlin-Mitte mit Moabit-West

Essen mit Altendorf und Bergmannsfeld

Frankfurt am Main mit der Nordweststadt

Hamburg mit Mümmelmannsberg und Schiffbeker Berg

Hannover mit Mittelfeld

Mannheim mit Neckarstadt-West und Durlacher Straße (Rheinau)

München mit Moosach und
Nürnberg mit Langwasser und der Südstadt

Der zweite Projektabschnitt wird von den Verbundpartnern Difu und InWIS beratend und dokumentierend begleitet. Mitte 2006 wird die **Umsetzung** der Empfehlungen im **Praxis-Netzwerk** ausgewertet und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ verbindet **Wissenschaft und Praxis** auf allen Projektebenen aufs Engste miteinander. So setzt sich das Expertenforum gleichermaßen aus Wissenschaftlern und Praktikern zusammen, die Kommunen des Praxis-Netzwerks werden durch die beiden Forschungsinstitute kontinuierlich begleitet und beraten. Fallstudien aus den Kommunen des Praxis-Netzwerks waren bereits Teil der Arbeitsgrundlagen des Expertenforums, dessen Empfehlungen wiederum im Praxis-Netzwerk einer Prüfung ausgesetzt werden.

Hinzu kommt, dass das Projekt in besonderem Maße **prozessorientiert** angelegt ist. Es strebt die **Evaluation** der Praxis drei Jahre nach der Umsetzungsphase mit dem Ziel an, die Auswirkungen auf die sozialräumliche Integration vor Ort festzustellen.

2. Das Expertenforum

Die Verbundpartner im Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ haben Ende 2003 ein **Expertenforum** mit folgenden Mitgliedern einberufen:

Prof. Barbara John, ehem. Ausländerbeauftragte, Berlin
Manfred Krause, Vorstandsmitglied des Spar- und Bauvereins Solingen
eG, Solingen

Aydan Özoguz MdHB, Fachsprecherin: Migration, SPD-Fraktion
Hamburgische Bürgerschaft, Hamburg

Prof. Dr. Walter Siebel, Stadtsoziologe, Carl-von-Ossietzky-Universität, Oldenburg

Hans-Joachim Schlößl, Leiter des Amts für Wohnen und Stadterneuerung, Nürnberg

Prof. em. Dr. Erika Spiegel, Stadtsoziologin, Heidelberg

Bernhard Spiller, Ltd. Geschäftsführer der Nassauischen Heimstätte
Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main

Gerd-Reiner Voss, Leiter des Amts für Wohnungswesen, Hagen

Das Expertenforum hat auf der Grundlage der **Begehung** von Wohnquartieren mit hohem Migrantenanteil und ausführlicher **Diskussionen** mit Akteuren vor Ort, der **Anhörung** von Experten aus Frankreich, den Niederlanden und vom Bundesamt für Verfassungsschutz sowie von wissenschaftlichen **Expertisen** zu einzelnen Fragen der Integration die hiermit vorgelegten Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik formuliert (vgl. Anhang). Die Expertisen liegen als gesonderte Publikation vor.

Die Nennung einzelner **Praxisbeispiele** in den Empfehlungen bedeutet nicht, dass sie stets die besten oder gar einzigen Lösungsansätze wären. Die Praxisbeispiele dienen vor allem der Illustration und Verdeutlichung der einzelnen Empfehlungen sowie der Anregung für Diskussionen vor Ort.

3. Die Adressaten

Adressaten dieser Empfehlungen sind an erster Stelle die **kommunalen Entscheidungsträger** sowie die (institutionellen und privaten) **Anbieter auf dem Wohnungsmarkt**. Sie setzen die konkreten Bedingungen für das Wohnen der Zuwanderer in der Stadt. Ebenfalls angesprochen sind die Verantwortlichen für die **Ausländer-, Sozial-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik** auf Bundes- und Landesebene. Sie sind für einen wesentlichen Teil der gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen verantwortlich. Die Empfehlungen richten sich auch an die **Akteure vor Ort**, wie Migrantenorganisationen und Nachbarschaftsvereine, an öffentliche Einrichtungen, wie Schulen und Kindergärten, an freie Träger der Wohlfahrtspflege, wie Sozialberatung, Kinder- und Jugendhilfe, aber auch an lokale Interessengruppen sowie Unternehmen im Quartier.

Für die Umsetzung der Empfehlungen des Expertenforums wird es entscheidend auf die **Vernetzung** all dieser Akteure ankommen, wie dies bereits im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ für eine erfolgreiche Arbeit vorausgesetzt wird.

Die Empfehlungen sind nicht nur als Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in benachteiligten Quartieren zu verstehen, sie haben auch durchaus **präventiven Charakter**. Entsprechend dieser Zielsetzung sollen die Empfehlungen in einigen Kommunen des Praxis-Netzwerks auch in solchen Quartieren erprobt werden, die einen wachsenden Migrantenanteil, aber noch keine akuten Probleme und Konfliktlagen aufweisen.

4. Definitionen

„Zuwanderer“

Nach dem Verständnis des Expertenforums sind Zuwanderer diejenigen Migranten, die **dauerhaft** in Deutschland bleiben wollen, und ihre Nachfahren (**Personen mit Migrationshintergrund**). Der Begriff umfasst damit auch die (**Spät-**)**Aussiedler**, die zwar nach ihrem Rechtsstatus Deutsche sind, de facto aber wie auch andere Zuwanderer von Integrationsproblemen betroffen sind.

Das Expertenforum hat sich auch mit den transitorischen Migranten befasst, die sich nur vorübergehend in der Bundesrepublik aufhalten. Die Empfehlungen konzentrieren sich jedoch auf die dauerhaft in Deutschland wohnenden Zuwanderer, die insbesondere seit der Phase der Gastarbeiteranwerbung in die Bundesrepublik gekommen sind.

„Integration“

Das Expertenforum legt seinen Empfehlungen den **strukturellen Integrationsbegriff** zugrunde, der auf die **gleichberechtigte Teilhabe** der Zuwanderer am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben unter Respektierung ihrer jeweiligen kulturellen Eigenart zielt.

Das Expertenforum versteht Integration als „eine dauerhafte politische und gesellschaftliche Aufgabe, die alle im Land lebenden Menschen betrifft“ (Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, 2001, S. 18). Demnach muss das Aufnahmeland Integrationsangebote bereitstellen, während die Zuwanderer berechtigt, aber auch angehalten sind, sie wahrzunehmen. Die Bereitschaft zum Erwerb **deutscher Sprachkenntnisse** sowie die Anerkennung der **Grundwerte unserer Verfassung** und der darauf beruhenden **allgemeinen Rechtsordnung** sind notwendige Voraussetzungen für die Integration.

Zuwanderer sollen aber auch im Rahmen der Verfassungs- und Rechtsordnung ihre eigene **kulturelle und religiöse Prägung** bewahren können.

II. Sachstand

1. Mehr Personen mit Migrationshintergrund

Zuwanderung nach Deutschland

Die demographische Entwicklung Deutschlands wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten von einer **Verminderung** der deutschen Bevölkerung und deren **Überalterung** geprägt sein. Gleichzeitig wird der Anteil der **Bevölkerung mit Migrationshintergrund** deutlich wachsen; insbesondere unter Kindern und Jugendlichen werden diejenigen mit Migrationshintergrund schon in wenigen Jahren in vielen Kernstädten großstädtischer Verdichtungsräume die Mehrheit bilden.

Ende 2003 leben in Deutschland rd. 7,3 Mio. registrierte Ausländer (9 % der Bevölkerung), von denen wiederum rd. 2 Mio. Türken sind. Zusätzlich der Gruppen der Aussiedler mit rd. 3 Mio. Personen und der Eingebürgerten mit rd. 2 Mio. sowie der illegalen Zuwanderer - Schätzungen reichen von 500.000 bis über 1,5 Mio.) - beträgt die Zahl der **Personen mit Migrationshintergrund** in Deutschland heute rd. 13 Mio. und damit rd. 16 % der Gesamtbevölkerung. Dieser Durchschnittswert wird von den Großstädten und Ballungsregionen weit übertroffen: Für Frankfurt am Main beispielsweise wird der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund bereits heute mit 35 bis 37 % angegeben.

1) <http://www.joerg-alt.de/Publikationen/Materialanlagen/04Statistik.doc>

Die quantitativ bedeutsamste und stabilste Form der legalen Zuwanderung nach Deutschland ist heute der **Familiennachzug** mit 55.000 bis 85.000 erteilten Visa pro Jahr.²⁾

Rückläufig ist der Zuzug von **Spätaussiedlern**, von denen allein im Zeitraum von 1988 bis Ende 2000 2,7 Mio. nach Deutschland gelangt sind. Mittlerweile werden die kontingentierten Aufnahmezahlen aber schon nicht mehr ausgeschöpft; 2003 wurden noch 73.000 Zugänge von Spätaussiedlern registriert (vgl. Anhang zur Expertise des BAMF).

Verteilung über das Bundesgebiet

Zuwanderer leben vor allem in den **alten Bundesländern**. Dort stellen allein die registrierten Ausländer zwischen 6 und 15 % der jeweiligen Landesbevölkerung. Mit Werten um 2 % der jeweiligen Bevölkerung ist hingegen ihr Anteil in den neuen Ländern gering. In den **Stadtstaaten** und den **Ballungsregionen** der Flächenstaaten **Westdeutschlands** ist der Bevölkerungsanteil der Zuwanderer deutlich höher als im ländlichen Raum. Fast die Hälfte aller Einwohner Deutschlands mit ausländischer Staatsangehörigkeit lebt in **Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern**, während dies nur bei rd. 30 % der Einwohner mit deutscher Staatsangehörigkeit der Fall ist. Diese Verteilungstendenzen werden sich künftig voraussichtlich nicht ändern (Häußermann / Siebel, 2004, S. 175).

Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Ursachen: Zunächst führte die Arbeitsmigration in den 1950er- bis 70er-Jahren die Gastarbeiter in industriestarke Regionen der alten Bundesrepublik. Aktuellere Formen der **Arbeitsmigration** haben dieses regionale Spektrum um Dienstleistungsregionen erweitert.

Als hochwirksame soziale Faktoren verstärkten in der Folgezeit **Familiennachzug** und **Netzwerkmigration** (Migranten wandern dorthin, wo andere Zuwanderer aus ihrer Heimatregion bereits ansässig sind) diese regionalen Verteilungsmuster auch unabhängig von der Arbeitsmarktsituation.

Neben diesen beiden Ursachen ist der **aufenthaltsrechtliche Status** für die Ansiedlung von Zuwanderern von Bedeutung. Einige Zuwanderergruppen, wie z.B. Spätaussiedler, Asylbewerber oder Flüchtlinge, werden zunächst den Bundesländern nach Quoten zugewiesen. Der Einfluss des Aufenthaltsstatus schwindet jedoch mit dem Ende der raumbezogenen Bindungsfristen; für alle Zuwanderergruppen gelten dann primär die oben genannten Kriterien der Wohnortwahl, was tendenziell zu einer **Verfestigung** der räumlichen **Verteilung** führt: nämlich zu einer **Konzentration** in den westdeutschen Ballungsgebieten.

Wesentlich für die Attraktivität der Großstädte und Ballungsgebiete ist neben erwarteten Erwerbsmöglichkeiten auch deren **kulturelle Vielfalt**, die es eher ermöglicht, differierende Lebensstile zu pflegen.

Ballungsräume und Großstädte in Westdeutschland als bisherige Hauptniederlassungsorte von Zuwanderern werden auch einen überproportionalen Anteil der künftigen Zuwanderung aufnehmen. Nach Schätzungen wird der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2030 in einigen Städten auf mehr als 40 % gestiegen sein.

Wie in der Vergangenheit werden also auch in Zukunft vor allem westdeutsche **Großstädte als „Integrationswerkstätten“** unterschiedlicher Kulturen und Lebensstile fungieren. **Integrationspolitik ist Stadtpolitik**. Sie muss jedoch politisch und finanziell von Bund und Ländern gestützt werden.

2. Integrationsbedarfe wachsen

... auf dem Arbeitsmarkt

Aufgrund des ökonomischen Strukturwandels in den letzten zwei Jahrzehnten verliert die **gewerbliche Arbeit** als der zentrale Integrationsfaktor zunehmend an Bedeutung.

Zuwanderer sind heute in sehr viel höherem Maße von **strukturbedingter Arbeitslosigkeit** betroffen als Deutsche. Der Anteil der Arbeitslosen unter ihnen ist zwischen 1985 und 2002 im alten Bundesgebiet von 13,9 % auf 17,8 % gestiegen; im gesamten Durchschnitt ist die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland im selben Zeitraum aber von 9,3 % auf 7,9 % gefallen.³⁾

Die Auswirkungen des Zuwanderungsgesetzes auf die Qualifikationsstruktur künftiger Zuwanderer sind heute noch nicht zu überblicken. Es ist jedoch davon auszugehen, dass auch künftig ein großer Teil der Zuwanderer **beruflich niedrig** oder gar nicht **qualifiziert** sein wird, dabei aber auf steigende **Qualifikationsanforderungen** des hiesigen Arbeitsmarkts trifft. Auch hier aufgewachsene Zuwanderer und ihre Kinder weisen erhebliche **Bildungsdefizite** auf. Insgesamt haben Zuwanderer derzeit nur **erschweren Zugang zum Arbeitsmarkt**, eine wachsende Zahl ist auf **Transferleistungen** angewiesen.

Ungeachtet dessen und trotz hoher Zuwanderungsraten in den letzten Jahrzehnten ist für Deutschland allerdings festzustellen, dass die **Zuwanderung** bisher weitestgehend **konfliktfrei** verlaufen ist und dass sich die Mehrzahl der Zuwanderer in die Aufnahmegesellschaft **hinreichend integriert** hat. Es ist hierzulande - von Einzelfällen abgesehen - noch

nicht zu tief greifenden, gar gewalttätigen Konflikten zwischen ethnischen Gruppen gekommen, wie sie unsere **westeuropäischen Nachbarstaaten** kennen, selbst jene, die ihrerseits schon seit langem Integrationsprogramme verfolgen und entsprechende Projekte auflegen.

Offenbar zehrt Deutschland hinsichtlich seiner Integrationsfähigkeit noch von der **Stabilität der wirtschaftlichen Verhältnisse**, unter denen die Gastarbeitergeneration eingewandert ist. Bei abnehmendem Wirtschaftswachstum und zunehmender Konkurrenz um Arbeitsplätze und Transferleistungen wird wahrscheinlich auch in Deutschland das **Konfliktpotenzial** wachsen. Hinzu kommt die zurzeit - nicht nur in Deutschland - zu beobachtende Zunahme rechtsradikaler Tendenzen.

Der **Integrationsfaktor Arbeit** schwindet zusehends. Für die Nachfolgenerationen der „Gastarbeitergeneration“ sowie für Neuzuwanderer bedarf es daher **besonderer Integrationsmaßnahmen**.

... auf dem Wohnungsmarkt

Mit der Schwächung der Integration über den Arbeitsmarkt gewinnen der **städtische Raum** und vor allem das **Wohnquartier** als die Orte, an denen Zuwanderer einen großen Teil ihrer Zeit verbringen, wachsende Bedeutung im Prozess der Integration. **Wohnung und Wohnumfeld** bilden einerseits einen sozialräumlichen Hintergrund für unterschiedliche Integrationsprozesse wie Spracherwerb, Bildung, Ausbildung und Beruf, Sozialkontakte oder Teilhabe am kommunalen und städtischen Leben. Zum anderen sind Wohnung und Wohnumfeld selbst **Integrationsfaktoren** von erheblichem Gewicht, weil sie Aktionsräume definieren.

Aus marktinternen, aber auch aus subjektiven Gründen werden von Zuwanderern vor allem **Wohnungen im unteren Preissegment** nachgefragt, wobei sich die Nachfrage auf spezifische Standorte konzentriert. Besonders auffallend ist dieses Nachfrageverhalten bei Zuwanderern mit einer eher kurzfristigen Aufenthaltsperspektive und/oder denjenigen in prekären (ökonomischen) Verhältnissen.

Zuwanderer haben in den großstädtischen Quartieren häufig auch **Deutsche zu Nachbarn**, die ihrerseits von **sozialem Abstieg** betroffen oder deren berufliche Existenz und Wohnsituation zumindest prekär sind. Das Aufeinandertreffen sozial und ökonomisch **marginalisierter Gruppen**, die sich ethnisch-kulturell unterscheiden, begünstigt das Entstehen von **Konflikten** bzw. verstärkt bestehende Konfliktsituationen, in denen latente Auseinandersetzungen um knappe Ressourcen, wie bezahlbaren Wohnraum, aber auch **„Rangordnungskonflikte“** und Auseinandersetzungen um Lebensstile zwischen deutschen Bewohnern und Zuwanderern sowie zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen aufbrechen.

Solche Konstellationen fördern die Entstehung **„überforderter Nachbarschaften“**, in deren Konfliktgemenge die **Ethnisierung** eigentlich sozialer und ökonomischer Probleme die Integration von Zuwanderern erschwert.

3. Steuerungsmöglichkeiten schrumpfen

Durch ihre **Finanznot** sind die direkten Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen erheblich eingeschränkt. Aufgrund des allgemeinen Instandhaltungsrückstaus bei kommunalen Infrastrukturen werden öffentliche Mittel, wenn überhaupt, in den nächsten Jahren eher in diesen Bereich statt in soziale Maßnahmen fließen. Hinzu kommt, dass im Zuge einer **Umorientierung der Verwaltung** gerade auf kom-

munaler Ebene die unmittelbare Steuerung in Form von unilateralen Verwaltungsmaßnahmen durch **kooperative Verfahren**, die eine größere Zahl von Akteuren in die Entscheidungs- und Durchführungsprozesse einbeziehen, ergänzt worden ist. Dies ist von besonderer Bedeutung gerade für die Durchführung von Integrationsprogrammen und -maßnahmen, die ohnehin auf die Unterstützung zahlreicher vor Ort tätiger Akteure angewiesen sind.

Das **Zuwanderungsgesetz** verpflichtet den Bund zwar, die Kosten der neu einzurichtenden Integrationskurse für Neuzuwanderer und für bereits hier lebende Ausländer zu übernehmen. Die Erwartung der Kommunen, das Zuwanderungsgesetz des Bundes werde sie langfristig von den wirtschaftlichen und sozialen Lasten der Integration von Zuwanderern insgesamt entlasten, wurde jedoch nicht erfüllt.

Der Bestand **sozialgebundenen Wohnraums** mit kommunalen **Belegungsrechten** sinkt fortlaufend. Im Laufe 2005 dürften von den gegenwärtig 1,9 Mio. noch bestehenden Sozialmietwohnungen weitere 400.000 aus der Bindung fallen. Einen geringfügigen Neubau eingerechnet, werden dann nur noch 1,5 Mio. Sozialwohnungen vorhanden sein (GdW, 2004, S. 24). Damit sinkt die Bedeutung des kommunalen Belegungsrechtes als Instrument zur räumlichen „**Verteilung**“ von Sozialwohnungsberechtigten im Stadtgebiet und in den Wohnquartieren dramatisch. Bei steigender Nachfrage im unteren Marktsegment kann sich dies - je nach Wohnungsmarktlage vor Ort - für die **Wohnraumversorgung** als durchaus kritisch erweisen.

Für Länder und Kommunen sowie für Post, Bahn und andere öffentliche Institutionen ist ihre Finanzlage Anstoß, den **Verkauf ihrer Wohnungsunternehmen** in Erwägung zu ziehen; einige haben diesen Schritt bereits vollzogen. Mit der Privatisierung dieser Wohnungsunternehmen verlieren die Kommunen jedoch wichtige Partner für die Stadtentwicklungspolitik. 17

Der Wegfall von Möglichkeiten und Instrumenten in den Kommunen zur unmittelbaren Gestaltung des Sozialraums und zur Steuerung sozialräumlicher Entwicklungen hat zur Folge, dass „weiche“ Faktoren, wie Bildung, Spracherwerb und Wirtschaft im Quartier sowie Formen der Selbstorganisation, an Relevanz für die Integrationsfähigkeit des Quartiers gewinnen. Ihnen kommt bei der Schaffung einer Grundlage für die Integration in Quartieren mit hohem Zuwandereranteil zentrale Bedeutung zu.

Das Expertenforum ist sich der Tatsache bewusst, dass der Verlust städtischer Steuerungsoptionen auch seinen Empfehlungen Beschränkungen auferlegt. Die **Durchsetzbarkeit und Umsetzbarkeit** von Neuerungen unter derzeitigen finanziellen, personellen und organisatorischen Bedingungen in den Städten nahmen daher bei der Diskussion und Formulierung der Empfehlungen eine zentrale Stelle ein.

III. Empfehlungen

1. Integration trotz Segregation

Kommunen und Wohnungswirtschaft verfolgen bislang das Ziel der **ethnischen „Mischung“** auf städtischer wie auch auf Quartiersebene. Auch das Baugesetzbuch sieht für die Bauleitplanung vor, die „Wohnbedürfnisse der Bevölkerung bei Vermeidung einseitiger Bevölkerungsstrukturen“ besonders zu berücksichtigen (§1 Abs. 5 S. 2); Gleiches meint offenbar das Wohnraumförderungsgesetz, wonach in § 6 „die Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen“ bei der Förderung von Wohnungen zu berücksichtigen sind.

Dem liegt die Vorstellung zugrunde, eine **unter den Einheimischen verstreut wohnende Migrantenbevölkerung** werde sich besser in die Aufnahmegesellschaft integrieren. Mit dieser Absicht, aber auch, um einer mutmaßlichen „Ghettobildung“ vorzubeugen, haben einige Kommunen und Wohnungsunternehmen z.B. Quotierungen bei der Belegung von Wohnquartieren eingeführt, Zuzugssperren erlassen und sonstige Strategien zur gleichmäßigeren Verteilung der Migranten über das Stadtgebiet entwickelt.

Aber schon der Blick auf die **Wirklichkeit** in den Großstädten zeigt: Sie alle haben Wohnquartiere mit weit überdurchschnittlichen Anteilen von Zuwanderern. Die mit der Mischung der einheimischen und zugewanderten Wohnbevölkerung verfolgten Strategien haben sich weder als durchsetzbar noch als geeignet erwiesen, gleichwertige Lebensbedingungen und Lebenschancen für die zugewanderte Bevölkerung herzustellen.

Demgegenüber geht das Expertenforum von folgender **Grundannahme** aus:

Auch in Deutschland findet eine räumliche Konzentration von Zuwanderern in den Städten statt und ist letztlich nicht zu verhindern. Zu einem gewissen Teil sollte sie auch nicht verhindert oder behindert werden. Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, dass die „Mischung“ von Zuwanderern und Einheimischen in den Wohnquartieren der Städte ein handhabbares Instrument zur Integration der Zuwanderer in die Aufnahmegesellschaft ist. Freiwillige ethnische Segregation ist weder zu vermeiden noch ist sie von vornherein schädlich für eine erfolgreiche Integration von Zuwanderern.

Dieser Grundannahme liegen folgende **Beobachtungen** zugrunde:

Zu einem wesentlichen Teil suchen vor allem Neuzuwanderer die Nachbarschaft ihrer Familie und/oder ihrer Landsleute, was die Segregation von den Einheimischen zur Folge hat.

Die Nachbarschaft von Familie und Landsleuten bietet Zuwanderern eine Reihe von Vorteilen:

Soziale und familiale Netze bieten materielle und immaterielle Hilfen für neu Zugewanderte. Ethnische Ökonomien sowie eine auf die kulturellen und ökonomischen Bedürfnisse der Zuwanderer abgestimmte Infrastruktur entwickeln sich leichter bei räumlicher Nähe.

Soziale Netze gleicher Ethnien sind wichtig für Zuwanderer, die noch nicht mit den Systemen von Arbeitsmarkt, Sozialstaat und Zivilgesellschaft im Aufnahmeland vertraut sind. Solche Netze bilden sich leichter auf der Basis kultureller und sozialer Homogenität und räumlicher Nähe. Eine kommunalpolitisch wirksame Organisation und Vertretung der Interessen von Zuwanderern vor Ort wird durch räumliche Konzentration ebenfalls erleichtert.

Migration bedeutet heute in der Bundesrepublik vor allem **Familienmigration**. Insbesondere die Verwandtschaftssysteme bieten in der fremden Umgebung wichtige emotionale und alltagspraktische Hilfen, Schutz gegen Isolation und Demoralisierung. Die soziale Stabilisierung im bekannten Milieu macht es leichter, sich auf die neue Gesellschaft einzulassen und zugleich die bisherigen Lebensgewohnheiten und den kulturellen Hintergrund beizubehalten.

Freiwillige Segregation als alltägliche Strategie der Wohnortwahl kann dazu führen, dass der Beginn des Integrationsprozesses erleichtert und Konflikte zwischen unterschiedlichen Kulturen und Lebensstilen vermieden werden.

In **entspannten Wohnungsmärkten**, die dem Wohnungssuchenden Wahlmöglichkeiten bieten, vollzieht sich Segregation in der Regel auf **freiwilliger Basis**. In **angespannten Wohnungsmärkten** gelten zwar die gleichen Kriterien der Wohnungswahl. Sie werden jedoch überlagert von Grenzen des Angebots. Dabei haben Zuwanderer wegen ihrer überwiegend geringen wirtschaftlichen **Leistungsfähigkeit**, ihrer meist überdurchschnittlichen **Haushaltsgröße** sowie wegen der benachteiligenden **Vermietungspraxis** einzelner privater Immobilienanbieter eine schwache Position auf dem Wohnungsmarkt. Ihre Wahlmöglichkeiten beschränken sich daher auf Wohngebiete des unteren und mittleren Preissegments. Die Nachbarschaft besteht bereits aus Personen, die ebenfalls wegen ihrer geringen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit kaum Wahlmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt besitzen.

Auch wenn wir in den Städten Segregation akzeptieren müssen: Die Städte müssen darauf hinarbeiten, dass die räumliche Segregation von Zuwanderern - gleich welcher Ursache - nicht zu deren Ausschluss aus der Gesellschaft führt. Die örtliche Wohnungswirtschaft soll die Städte dabei im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen. Räumliche Segregation in benachteiligten und benachteiligenden Quartieren darf nicht zum Integrationshemmnis werden. Sie zu akzeptieren darf nicht heißen, Abschottungstendenzen einzelner Zuwanderergruppen zu dulden.

2. Kompetenzen und Angebote

... in der Kommune

Die Kommunen müssen ihre Bemühungen zügig vorantreiben, Integration als **Querschnittsaufgabe** der Verwaltung zu etablieren.

Auf gesamtstädtischer Ebene sind ganzheitlich orientierte und ämterübergreifende **Integrationskonzepte** erforderlich, nach Möglichkeit auch gemeinsame Maßnahmenpläne und jährliche Berichte, die den Stand und die Erfahrungen mit einzelnen Maßnahmen dokumentieren. Hierfür haben sich ämterübergreifende Arbeitskreise bewährt, die mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet sein müssen. Wo langfristiges Interesse und Engagement bestehen, sollten auch freie Träger in diese Konzepte, Maßnahmen und Arbeitskreise einbezogen werden.

In öffentlichen Einrichtungen sollten vermehrt **Personen mit Migrationshintergrund als bikulturelle Experten** beschäftigt werden; dies ist vor allem an Arbeitsplätzen mit Außenkontakten von Bedeutung. Darüber hinaus wirken diese Mitarbeiter auch als Wissensmultiplikatoren innerhalb der Einrichtungen und können so die ebenfalls auszubauende **Fort- und Weiterbildung des einheimischen Personals** ergänzen.

Die Städte bieten Zuwanderern durchweg verschiedenste **soziale Dienstleistungen** an, die aber ihre **Zielgruppe** häufig nur mangelhaft oder gar **nicht erreichen**. Die Ursachen dafür mögen unterschiedlich sein: Auf jeden Fall sollten aber die örtlichen Angebotsstrukturen überdacht und **stärker auf spezifische Bedürfnisse ausgerichtet** werden, statt immer neue Leistungen anzubieten. Zur Ermittlung von Bedarfen haben sich - zwar arbeitsintensive, aber letztlich zielführende - aktivierende **Befragungen** bewährt.

Die meisten Programme und Maßnahmen auf Bundes- oder Länderebene, die die Aufwertung benachteiligter Quartiere zum Gegenstand haben, sind nur auf **wenige Jahre** beschränkt. Die jeweils vorherrschenden Probleme haben sich jedoch über längere Zeiträume hinweg verfestigt und sind daher auch nicht in wenigen Jahren abzubauen. Werden potenziell wirksame Maßnahmen **vorzeitig abgebrochen**, hinterlassen sie Enttäuschung und Frustration.

Gerade **Programme** und **Maßnahmen** zur Integration von Zuwanderern müssen konzeptionell und in ihrer praktischen Durchführung **langfristig** und nachhaltig angelegt sein.

In von Zuwanderern geprägten Wohnquartieren herrschen in der Regel **sozioökonomische Benachteiligungen** vor, die für die **deutsche Bevölkerung** nicht weniger gravierend sind als für die zugewanderte. Integrationsbedarf haben beide Gruppen. Diesbezügliche Projekte und Maßnahmen müssen daher auch die deutsche Bevölkerung einbeziehen.

Die Vielfalt **nebeneinander** existierender **Einzelangebote** kann sich ebenfalls schwächend auf die Nachfrage auswirken. Um **Synergien** zu erzielen, sollte über sinnvolle **Angebotskombinationen** nachgedacht werden, wie z.B. die Verbindung von Sprachkursen für Frauen mit deren beruflicher Qualifizierung.

Beispiel: Stadtteil-Unterstützungsnetzwerk in Bamberg

diözese Bamberg sowie die Joseph-Stiftung [kirchliches Wohnungsunternehmen; die Verf.] haben sich als Projektträger für SUN zusammengeschlossen. Sie haben sich zur Aufgabe gestellt, vorhandene Hilfen von haupt- und ehrenamtlichen Kräften aus Verbänden, Pfarrgemeinden oder sonstigen Zusammenschlüssen zu bündeln, bei Bedarf neue zu initiieren und so ein wohnortnahes Angebot vielfältiger Leistungen anzubieten. Diese können von persönlichen und seelsorgerlichen Hilfen (Besuchsdienst im Altenheim, Begleitung bei Behördengängen, Hausaufgabenbetreuung, Arbeitslosen-, Ehe-, Suchtoder Schuldnerberatung) über pflegerische und hauswirtschaftliche Hilfen (Familienpflege, Wohnungsreinigung, Essensversorgung) bis zu materiellen Hilfen (Kleiderkammer, Möbellager) reichen."

Quelle: http://www.erzbistum-bamberg.de/aktuell/korrespondenz/1997/nd_impulse.html; vgl. auch <http://www.sozialestadt.de/praxisdatenbank/suche/ausgabe.php?id=74#handlungsfeld>

(Seitenaufruf: 13.10.2004)

... bei Trägern sozialer Maßnahmen

Der Einsatz **bikultureller bzw. mehrsprachiger Mitarbeiter** bei den Trägern sozialer Maßnahmen hat sich durchweg bewährt und sollte auch bei der allgemeinen **öffentlichen Verwaltung** angestrebt werden.

Wichtig sind Angebote, die an die **Alltagserfahrungen** der jeweiligen Zielgruppe anknüpfen. Die vergleichsweise isoliert lebenden **Migrantinnen** beispielsweise werden oft besser durch solche Angebote erreicht, die sich ausschließlich an Frauen richten.

Erfolgreich ist zudem die Ansprache der Zuwanderer über deren **Kinder**. Mit einem offenen Spielangebot für Kinder gelingt oftmals auch die Kontaktaufnahme zu den Eltern.

In der Regel sind die Zuwanderer eher Objekt als Subjekt von Integrationsmaßnahmen und -programmen. Sie werden häufig als Einzelpersonen oder im Familienverband angesprochen. In den meisten Quartieren gibt es jedoch **ethnische Vereine**. Über deren Ziele, Inhalte und Organisationsformen ist aber wenig bekannt. Hier sollte versucht werden, mit Hilfe bikultureller Mitarbeiter Kontakte herzustellen und Vertreter der Vereine in die örtlichen Maßnahmen und Programme einzubeziehen.

... in Wohnungsunternehmen

Integration zählt zwar nicht zu den Kernaufgaben der Wohnungsunternehmen, dennoch liegen **eigene Aktivitäten** zur sozialen Stabilisierung von Quartieren mit hohem Zuwandereranteil durchaus auch in ihrem **wirtschaftlichen Interesse**.

Um darüber hinaus auch Steuerungsmöglichkeiten der Stadtentwicklungspolitik nicht weiter zu beschneiden, ist es ratsam, vor allem kommunale Wohnungsunternehmen nicht zu veräußern, sondern die bisherige **Struktur der Anteilseigner** zu erhalten.

Bei denjenigen Wohnungsunternehmen, in denen häufig noch **keine ausreichenden Kenntnisse** und keine entsprechende **Sensibilität** für die Thematik vorhanden sind und in denen Zuwanderer andererseits eine wichtige Kundengruppe bilden, erscheint es sinnvoll, **Mitarbeiter interkulturell zu schulen** bzw. **Mitarbeiter mit Migrationshintergrund** vermehrt im Unternehmen zu **beschäftigen**. Dies betrifft insbesondere Mitarbeiter mit direktem Kundenkontakt, aber auch ehrenamtlich engagierte Mieter und vor Ort eingesetzte Gebietsbetreuer. Unternehmen, die Mitarbeiter mit Migrationshintergrund beschäftigen, berichten vornehmlich von **positiven Erfahrungen**.

Um das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zuwanderern zu fördern, sollten Wohnungsunternehmen ihre **Hausmedien** (Mieterzeitung, Internet) gezielt nutzen und Migrationsthemen aufgreifen, Zuwandererhaushalte in der Nachbarschaft vorstellen oder offene Diskussionen zum Thema führen. Wohnungsunternehmen können so das Thema Mieter/Nachbarn mit Migrationshintergrund positiv besetzen.

Nicht zuletzt fehlen überall **Räumlichkeiten** für (informelle) Treffen - besonders für Jugendliche, aber auch andere Zuwanderergruppen. Die Wohnungen sind hierfür zu klein, Gaststätten u.Ä. zu teuer. Hier sollten die Wohnungsunternehmen oder die Kommunen Hilfestellung leisten und Räume oder Flächen (kostengünstig oder -frei) zur Verfügung stellen. Diese Bedarfe sind freilich nicht nur für Zuwanderer relevant, sondern auch für andere Bewohnergruppen.

3. Bildung und Spracherwerb vor Ort

Bildung

Schulische Bildung hat als **Integrationspotenzial** herausragende Bedeutung. Über die Integrationschancen auf dem Arbeitsmarkt, aber auch in der Gesellschaft allgemein entscheidet mehr und mehr der **Erfolg im Bildungssystem**. Dabei haben jüngere Menschen heute bessere Entwicklungsmöglichkeiten als die älteren Zuwanderer.

Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg sind aber vor allem in der dritten Migrantengeneration eher rückläufig. Die Schulbevölkerung ist heute noch stärker segregiert als die Wohnbevölkerung im Sozialraum, so dass es immer weniger zum gemeinsamen Schulbesuch von Kindern mit Migrationshintergrund und einheimischen Kindern kommt. Umso wichtiger sind leicht erreichbare **Bildungsangebote vor Ort**, das heißt: **im Quartier**. Die **kommunale Schulentwicklungsplanung** ist hierauf auszurichten. Die Berichterstattung im Rahmen von Sozialstruktur-

atlanten oder vergleichbaren Erhebungen ist zu verbinden mit **lokaler Bildungsberichterstattung**. Gibt es im Quartier „nur“ eine Hauptschule, werden nicht nur aufstiegs- und bildungsorientierte deutsche Eltern, sondern auch ähnlich orientierte Eltern mit Migrationshintergrund in einen anderen Stadtteil mit besseren Bildungsangeboten für ihre Kinder ziehen. Vorbilder für schulische und berufliche Orientierung gehen dem Quartier damit verloren. Zurück bleiben die Bildungsverlierer und damit die Modernisierungsverlierer von morgen.

Es genügt allerdings nicht, dass es überhaupt **weiterführende Schulen** im Quartier gibt. Der gute **Ruf der Schule** im Quartier ist ebenso wichtig wie der Ruf des Quartiers selbst: Der Abschluss dort darf kein Makel sein - im Gegenteil.

Die **Bildungsferne** vieler Migranteltern, wie auch die sozial schwacher Deutscher, erweist sich häufig als Belastung für deren Kinder. **Vorschulen und Ganztagschulen** im Quartier können hier Abhilfe schaffen. Um Bedarfe zu ermitteln, ist frühzeitig an die Eltern heranzutreten. Die Verpflichtung zur Teilnahme an **vorschulischem Sprachunterricht** für Kinder mit „Nachholbedarf“ sollte flächendeckend eingeführt werden, sich dabei aber nicht nur an Kinder mit Migrationshintergrund, sondern an alle Kinder mit Förderbedarf wenden. Auch **ehrenamtliches Engagement**, etwa bei der **Hausaufgabenhilfe** oder bei schulischen Förderangeboten, ist zu unterstützen, indem etwa Räume und technische Ausstattung bereitgestellt werden und organisatorische Hilfestellung geleistet wird.

Beispiel: „Fit für die Schule“, Lünen

Lünen-Brambauer angebunden ist, sein vielfältiges soziales und kulturelles Engagement aus (vgl. <http://www.glueckauf.de/konrad-platzrevag.htm>).

„Seit März 2004 wird im Treffpunkt Konradplatz eine Einschulungsvorbereitung für Kinder mit Migrationshintergrund in Zusammenarbeit mit der Wittekind-Grundschule des Ortsteils durchgeführt. An jeweils zwei Tagen in der Woche werden mit den Kindern wesentliche Grundlagen für den Schulalltag geübt und eintrainiert.

Im ‚Fit für die Schule‘-Kurs werden die zukünftigen Erstklässler der Wittekind-Schule, deren Muttersprache nicht Deutsch ist und die zudem sprachliche Defizite aufweisen, auf die Grundschulzeit vorbereitet, um ihnen einen guten Start in der 1. Klasse zu ermöglichen. Kinder aus Migrantenfamilien verfügen häufig nicht über ausreichende Sprachkenntnisse, um erfolgreich in der Schule mitarbeiten zu können. Dieses Angebot einer Deutschförderung vor Eintritt in die Schule unterstützt die Sprachfähigkeit der Kinder, um dem Anfangsunterricht folgen zu können. ‚Spielend sprechen‘, Spaß an der Sprache und am Lernen stehen dabei im Vordergrund. Die Kinder werden spielerisch an den zukünftigen Schulablauf, wie das Ruhig-sitzen-Bleiben, das Sich-Melden oder das Mitbringen von Unterrichtsmaterialien (Hefte, Stifte, Bücher usw.), herangeführt. Gleichzeitig werden die individuellen Stärken gefördert und Schwächen aufgegriffen und an diesen gearbeitet.

Unmittelbar vor der Einschulung in den Ferien wird der Kurs in einem Intensivkurs (dreimal in der Woche) fortgesetzt, so dass die Kinder auf den ersten Schultag gut vorbereitet sind. Nach der Einschulung können die Kinder die fortlaufenden Angebote, wie z.B. die Hausaufgabenhilfe und die Sprachförderungskurse des Treffpunktes, in Anspruch nehmen und besuchen.

20 Kinder aus dem Siedlungsbereich ‚Alte Kolonie‘ nehmen an dem aktuellen Kurs teil. Das Projekt ist für die teilnehmenden Kinder kostenfrei. Die Durchführung liegt bei der REVAG, die zu diesem Zweck zwei Honorarkräfte verpflichtet. Koordination, Ansprechpartner und Vermittler zwischen Schule, Eltern, Kindern und REVAG ist der Glück-

auf-Nachbarschaftshilfe-Verein. Die Gesamtkosten des Projektes werden vom Glückauf-Nachbarschaftshilfe-Verein getragen.

Das Angebot wurde als Intensivkurs in den Sommerferien 2003 zum ersten Mal durchgeführt und von den Lehrer(inne)n der Wittekind-Grundschule als sehr positiv bewertet und von den Eltern sehr gut angenommen."

Quelle: <http://www.glueckauf.de/index.html> (Seitenaufruf 29.9.2004)

Versteht sich Schule als **Stadtteilschule** und „**Bürgerzentrum**“ für Eltern und Kinder, die jenseits des Schulunterrichts Raum für Aktivitäten wie Informationsveranstaltungen und soziale Dienstleistungen bietet, leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Integration vor Ort. Sie ist ein Zentrum für **gemeinschaftliche Aktivitäten** der Stadtteilbewohner und ihrer Kinder. Maßnahmen der Erwachsenenbildung werden dort angeboten.

Damit verbessert die Stadtteilschule die Kontakte zwischen **Schule und Elternhaus**, sie verringert **Schwellenängste** der Eltern gegenüber Bildungseinrichtungen. Dort können ferner **Erziehungs- und Ausbildungsfragen** thematisiert werden. Dies gilt auch für Erziehungsziele und Erziehungsstile, bei denen zwischen einheimischen und zugewanderten Eltern häufig große, aber unausgesprochene Differenzen bestehen.

Die **Weiterentwicklung von Schulen** im Quartier zu Stadtteilschulen mit übergreifendem Bildungsauftrag und als Zentrum sozialer Aktivitäten im Stadtteil sollte daher mit Nachdruck betrieben werden.

Beispiel: Interkulturelle Stadtteilschule in Hamm

„Um Probleme, die die Schülerinnen und Schüler mit in die Schule bringen, bearbeiten und die Verhältnisse im Stadtteil nachhaltig verändern zu können, setzte sich die Karlschule für die Einrichtung eines ‚Präventivkreises Hammer Norden‘ ein. Als erste Maßnahme konnte der Präventivkreis beim Rat der Stadt Hamm die Einrichtung eines Stadtteilbüros durchsetzen.

Im Zuge der Arbeit des Präventivkreises und des Stadtteilbüros entwickelte sich ein ganzes Netzwerk von Maßnahmen für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene in unserem Stadtteil: Spiel- und Lernhilfen, Kinderhort an der Karlschule, Mobile Jugendarbeit, Berufsfindungsmaßnahmen, Mietercafé, Aussiedlerbetreuung, Seniorengruppen, Dezentralisierung von Jugendamt, Sozialamt und Stadtplanungsamt.

Dabei war und ist die Karlschule die Anlaufstelle für interessierte Bürger und Sachverständige, weil im Präventivkreis und den öffentlichen Stadtteilkonferenzen die Weichen für die Arbeit im Hammer Norden gestellt werden. Daraus ergibt sich eine Fülle von Möglichkeiten, um als Stadtteilschule tätig zu werden und die Schülerinnen und Schüler so in ihrer Lebensumwelt zu begleiten:

Wichtige Kooperationspartner arbeiten eng mit der Schule zusammen. Als Beispiele seien genannt:

Projektmanager der AWO helfen bei der Berufsfindung.
Das Stadtteilbüro organisiert Über-Mittag-Betreuung mit
Hausaufgabenhilfe.

Die Caritas betreut den Kinderhort an der Karlschule.

Das Gartenamt hilft bei der Entsiegelung des Schulhofs und der
Dachbegrünung.

Die Karlschule verändert den Stadtteil.

Als Beispiele seien hier genannt:

Vertreter der Karlschule arbeiten im Präventivkreis mit.

Schüler der Karlschule sanieren einen Spielplatz.

Eine Projektgruppe stellt Bänke für das Obdachlosenheim

Sensburger Straße her.

Eine Klasse saniert den Bachlauf Op'n Spitol.

Die Karlschule arbeitet im Stadtteil mit.

Die Schule beteiligt sich an den Umzügen zur 750-Jahr-Feier des Stadtteils.

Die SV der Karlschule führt Discos für Jugendliche des Stadtteils durch.

Nordener Senioren und eine Videogruppe der Karlschule stellen gemeinsam eine Videoproduktion zur Stadtteilgeschichte her.

Die Karlschule öffnet sich dem Stadtteil.

Angeboten werden zum Beispiel:

Nähkurse für türkische Frauen im Textilraum der Karlschule.

Backaktion in der Weihnachtszeit für Sinti-Frauen in der Schulküche.

Seniorenfeste in unserer Turnhalle."

Quelle: <http://www.karlschule.schulnetz.hamm.de/>

(Seitenaufruf: 22.10.2004)

Etwa ein Fünftel der muslimischen Kinder verbringt seine Freizeit in der **Koranschule**, die neben religiöser Unterweisung vor allem auch **soziale und Freizeitangebote** vorhält. Die deutsche Gesellschaft hat es hingegen bislang versäumt, solchen Bedürfnissen ausreichend Rechnung zu tragen. Koranschulen und Moscheevereine sind in diese seit Jahrzehnten bestehende Lücke getreten. Sie wissen, auf die Bedürfnis- 31

se muslimischer Familien einzugehen. Eine Folge ist, dass sich diese muslimischen Kinder und Jugendlichen überwiegend im kulturellen und sprachlichen Umfeld des Herkunftslandes ihrer Eltern bewegen.

Umso mehr müssen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund besondere Angebote für **Spiel, Sport** und andere **Freizeitaktivitäten** als wichtige Integrationsfaktoren auch von Seiten der Kommunen oder anderer sozialer Träger und Vereine bereitgestellt werden.

Sprachförderung

Das Expertenforum geht davon aus, dass die nach dem Zuwanderungsgesetz und der Integrationskursverordnung vorgesehenen Möglichkeiten zur Sprachförderung im Rahmen von **Integrations- und Deutschkursen** umfassend ausgeschöpft werden.

Darüber hinaus sollten die Kommunen verstärkt **Angebote zum Spracherwerb** für bereits **hier lebende Zuwanderer** auch dann vorhalten, wenn die mit dem Zuwanderungsgesetz dafür vorgesehenen Bundesmittel und Einrichtungen nicht ausreichen. Zu bedenken ist jedoch, ob die Teilnehmer auch hier an den Kosten zu beteiligen sind.

Beispiel: Sprachkurse in Stuttgart

„Seit 2001 werden [...] in fast jedem Viertel der Stadt Schulbänke aufgestellt. Es gibt Sprachkurse für alle Altersgruppen erwachsener Migranten: Zum Beispiel sollen Arbeitslose, die zum Teil schon vor Jahrzehnten zuwanderten, jetzt noch die Landessprache lernen, damit sie überhaupt umgeschult werden können. Junge Spätaussiedler erhalten Deutschunterricht, um ihr Abitur hier zu wiederholen, weil das russische Zeugnis nicht anerkannt wird. Und in zehn Stuttgarter Schulen findet ‚Mama lernt Deutsch‘ statt. [...] Sprachförderung nach dem ‚Stuttgarter Modell‘ ist auf Migranten zugeschnitten, die, wie die

meisten Kursteilnehmerinnen, schon fünf bis zehn Jahre hier leben, aber noch immer kaum Deutsch gelernt haben. Auch hier heißt es also: nachholen. Mit Gesamtausgaben in Höhe von gut einer Million Euro füllen Stuttgart, die Landesstiftung und elf freie Träger eine Lücke, für die sich der Bund künftig offenbar nicht zuständig fühlt."

Quelle: Die Vielvölker-Stadt, 2004, S. 138-140

Daneben können **Deutschkurse** auch **an andere Projekte angegliedert** werden, die sich bereits bestehende Kontakte der Kursteilnehmer zunutze machen.

Beispiel: Sprachförderung in den Bunten Gärten Leipzig

„Aufbauend auf dem Gartenprojekt [Anm.: Erläuterung s.u.] soll durch in das Konzept der ‚Bunten Gärten‘ integrierte Förder- und Weiterbildungsmaßnahmen die Integration der Migranten in den deutschen Alltag unterstützt werden. Zunächst steht dabei die sprachliche Förderung im Vordergrund: Deutsch-, Konversations- und Alphabetisierungskurse sind oder werden aufgebaut. Darüber hinaus stehen Computer mit Internetzugang und Sprachkursen auf CD-ROM zur Verfügung. Ein Abonnement wichtiger internationaler Zeitungen ist in Planung. Für Kinder konnte aus vielen gespendeten deutschen Kinderbüchern bereits eine kleine Leihbibliothek erstellt werden, die weiter ausgebaut wird. Ferner bietet der Verein Brückenschlag regelmäßige Hausaufgabenhilfe für ausländische Schüler in den Mölkauer Grund- und Mittelschulen an.“

Quelle: <http://www.stadtteilarbeit.de/index.html?/Seiten/Projekte/leipzig/bunte.gaerten.htm>
(Seitenaufruf 3.8.2004) sowie <http://www.bunte-gaerten.de>.

Erläuterung: Das Gartenprojekt soll die Integration von Asylbewerbern und anerkannten Flüchtlingen fördern. Menschen aus verschiedenen Ländern bewirtschaften zusammen mit Deutschen eine Gärtnerei. Die aktive, gemeinsame Betätigung dient dazu, Vertrauen bei den Zuwanderern zu bilden, ihre Isolation aufzubrechen und Kontakte zu erleichtern. Das Projekt wurde bereits mehrfach ausgezeichnet.

„Bunte Gärten Leipzig“ ist eine **private Initiative**. Die **Unterstützung** solchen **bürgerschaftlichen Engagements** durch unbürokratische **Bereitstellung** von Flächen oder Räumen und durch die Lockerung der üblichen administrativen Kontrollen entlastet die Kommunen von Aufgaben und Kosten und fördert zugleich Kontakte zwischen Aufnahmegesellschaft und Zuwanderern. Ehrenamtliches Engagement trägt zur sozialen Stabilisierung von Quartieren bei.

Bürgerschaftliches Engagement kann auch durch die Etablierung einer öffentlichen „**Anerkennungskultur**“ gefördert werden, wobei Kommunen und **Medien** hier sinnvoll Hand in Hand arbeiten können. Öffentliche Anerkennung mobilisiert durch Aufwertung und öffentliches Interesse weiteres Engagement; das dauerhaft hohe Interesse z.B. am „Preis Soziale Stadt“ belegt dies.

Berufliche Orientierung

Die Integration von Zuwanderern über den Arbeitsmarkt wird durch **zwei spezifische Schwellen** besonders **erschwert**, die es zu überwinden gilt: Erkennbare Schwierigkeiten bereiten jungen Zuwanderern zunächst der Übergang von der Schule in die Ausbildung und später der Übergang von der abgeschlossenen Ausbildung in den erlernten Beruf.

Bereits die **Ausbildungsbeteiligung** von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien liegt deutlich unter derjenigen der deutschen, obgleich die Nachfrage nach betrieblicher Ausbildung bei Jugendlichen mit

Migrationshintergrund steigt. Ihre **Abschlussquote** bei einer betrieblichen Ausbildung liegt nochmals signifikant niedriger als die der deutschen.

An der **zweiten Schwelle** verstärkt sich der negative Ausleseprozess: Jugendliche aus Zuwandererfamilien, die eine Ausbildung absolviert haben, finden seltener einen Arbeitsplatz in ihrem erlernten Beruf. So bleibt für viele nur der Einstieg in unqualifizierte und prekäre Beschäftigungen und damit einer der sichersten Wege in die Marginalisierung.

Eine Ursache für das Problem besteht darin, dass zugewanderte Eltern ihren Kindern häufig nur Interesse an den **Berufsfeldern** vermitteln, in denen sie selber als **Gastarbeiter** erfolgreich gewesen sind. Dabei handelt es sich aber um genau das **Arbeitsmarktsegment**, das heute am deutlichsten **schrumpft**.

Daneben stellen die rein **instrumentelle Auffassung** von beruflicher Arbeit sowie die **Gelegenheitsorientierung** bei der Arbeitsplatzsuche ein Aufstiegs- und Integrationshindernis dar. Um eine berufliche Sackgasse für die Kinder und Enkel dieser Generation zu vermeiden, sind daher **Informationsarbeit und Sensibilisierung** der Eltern für die Unerlässlichkeit einer soliden, arbeitsmarktorientierten beruflichen Ausbildung von zentraler Bedeutung, zumal schon jetzt ein Facharbeitermangel in vielen Bereichen prognostiziert wird. Ansätze zur Elternarbeit durch Kooperation von Schulen mit ethnischen Vereinen, aber auch mit Moscheen haben sich bewährt, um die Erreichbarkeit der Eltern für die Schule zu erhöhen. **Betriebspraktika und Betriebsbesuche** der Schüler können ihrerseits berufliche Orientierung vermitteln.

Beispiel: Praxislerntag für Schüler eines Quartiers, Hamburg

„In der Alten Schlosserei der Norddeutschen Affinerie AG wurde heute ein Partnerschaftsvertrag mit der Schule Slomanstieg unterzeichnet. Darin verpflichtet sich Europas größter Kupferproduzent, pro Halbjahr jeweils 14 Schüler der achten Klasse einmal in der Woche praktisch an die Arbeitswelt heranzuführen. [...]

„Wir gehen mit diesem Partnerschaftsvertrag mit der Schule Slomanstieg weit über das Projekt Praxislerntag hinaus“, sagte Werner Marnette. „Wir sehen uns als Unternehmen in einer praktischen Verantwortung für die Menschen, insbesondere für die Jugend auf der Veddel, einem Stadtteil, der geprägt ist durch einen sehr hohen Anteil an Zuwanderern.“

„Bei der Begegnung mit der realen Arbeitswelt erhalten die Hauptschülerinnen und -schüler einen Einblick in den Berufsalltag und lernen ihre Stärken und Schwächen besser einzuschätzen. Neben dieser Hilfestellung bei der Berufsorientierung sollen sie erfahren, dass sie mit einem guten Hauptschulabschluss durchaus eine berufliche Perspektive haben“, meint Hiltrud Kneuer, die Direktorin der Schule Slomanstieg.

Die NA unterstützt die Schule Slomanstieg seit langem, wobei die Integration der Schülerinnen und Schüler aus Zuwandererfamilien ins Berufsleben ein besonderes Anliegen ist: Von den derzeit 466 Schülerinnen und Schülern sprechen lediglich 11 % Deutsch als Muttersprache.“

Quelle: Pressemitteilung der Norddeutschen Affinerie, Hamburg, 13.9.2004, <http://www.na-ag.com/NA/specialTab/popup.html?TID=20040913100647>

(Seitenaufruf: 12.10.2004)

4. Migranten-Ökonomie

Unter Zuwanderern ist, wie erwähnt, die Arbeitslosigkeit besonders hoch. Andererseits besteht gerade bei Zuwanderern eine signifikant erhöhte Bereitschaft, das Risiko **unternehmerischer Selbstständigkeit** einzugehen.

Etwa 280.000 Ausländer sind in Deutschland als Unternehmer tätig (rd. 7 % aller Selbstständigen). Italiener und Türken stellen den größten Anteil. Der **Gesamtumsatz** der Migranten-Ökonomie in Deutschland soll sich inzwischen auf rd. 44 Mrd. Euro belaufen, nimmt jedenfalls weiterhin zu. Allein türkische Selbstständige haben 2002 einen Umsatz von rd. 26 Mrd. Euro erzielt. Schätzungsweise 600.000 Personen finden **Beschäftigung** in Unternehmen der Migranten-Ökonomie.

Das Expertenforum hält - neben der allgemeinen, der beruflichen und der sprachlichen Bildung vor Ort - die **Migranten-Ökonomie im Quartier** für besonders geeignet, Zuwanderern die Teilnahme am Erwerbsleben und die Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen zu ermöglichen und ihnen damit die Integration zu erleichtern.

Beides bewirkt Anerkennung seitens der Aufnahmegesellschaft sowie eine Stärkung des Selbstbewusstseins bei den Zuwanderern und fördert damit ihre Integration.

Lokale Migranten-Ökonomie kann das Quartier aufwerten und mit Blick auf die Einheimischen „**Brückenfunktionen**“ übernehmen. Hierbei ist insbesondere an die wachsende Bedeutung der ethnischen Ökonomie bei der **Nahversorgung** im Stadtteil wie auch für die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu denken.

markt und für die **Integration** im Quartier gezielt auszuschöpfen. Die Kommunen sind gut beraten, den unternehmerischen Aktivitäten der Zuwanderer verstärkt **positive** Aufmerksamkeit zu widmen.

Zunächst sollte die Migranten-Ökonomie in den Großstädten bei der **Kommunalen Wirtschaftsförderung** und nicht - wie häufig der Fall - bei Ämtern oder Einrichtungen angesiedelt sein, die allgemein mit Ausländerintegration befasst sind, damit wirtschaftsbezogene **Professionalität** im Umgang mit Migranten-Ökonomien gewährleistet ist.

Häufig sind **unternehmerische Aktivitäten** von Zuwanderern wirtschaftlich **prekär**. Daher stehen Beratung und Förderung bei der Migranten-Ökonomie im Vordergrund. Sie haben sich an der spezifischen Situation der Zuwanderer, insbesondere der begrenzten Verfügbarkeit von Gründungskapital, sowie an etwaigen Sprachbarrieren zu orientieren.

Beispiel: ATU, Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer und Existenzgründer e.V., Hamburg

„Die Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer und Existenzgründer (ATU e.V.) wurde am 11.05.1998 als gemeinnütziger Verein gegründet, um ausländische Existenzgründer bei ihren ersten Schritten in die Selbstständigkeit zu begleiten, ihnen als Unternehmer beratend zur Seite zu stehen und sie als Ausbilder für das duale Ausbildungssystem in der Bundesrepublik zu gewinnen. Sie betätigt sich nicht politisch und bietet auch kein Forum für politische Auseinandersetzungen.

Die Anregung zur Vereinsgründung kam von der Handelskammer Hamburg. Ausländische Selbstständige sollten Unterstützung beim Zugang zu den Existenzgründungsangeboten verschiedener Institutionen bekommen.

An ausländische Lebensmitteleinzelhändler und Existenzgründer, die sich den ökologischen Markt erobern wollen, richtet sich das ATU-Projekt ‚eco-future‘.

Unser neustes Projekt ‚Dienstleistungszentrum für selbstständige Migranten‘ unterstützt kleine und mittelständische Unternehmen dabei, ihre Existenz dauerhaft zu sichern. Wir bieten Seminare und Einzelberatungen an — auch vor Ort in den Unternehmen."

Quelle: <http://www.atu-ev.de/ueber.html>

(Seitenaufruf: 22.10.2004)

Sinnvolle **institutionelle Fördermaßnahmen** bestehen auch in der Entwicklung spezifischer Förderprogramme, die unter Berücksichtigung der Besonderheiten nichtdeutscher Unternehmen die **Selbstständigkeit** von Zuwanderern **fördern** (Beispiele: ReTra, Regionale Transferstelle für ausländische Existenzgründer und Unternehmen in NRW, KAUSA, Koordinierungsstelle — Ausbildung in Ausländischen Unternehmen, des DIHK, oder ProFi, das Projekt Firmengründung in Mannheim).

Von Zuwanderern geführte Unternehmen sind häufig schon von ihrer Größe her nicht in der Lage, sich als **Ausbildungsbetrieb** zu betätigen. Daher sollte die Bildung lokaler **Ausbildungsverbände** gefördert werden.

Beispiel: Ausbildungsverbund in Nürnberg

schaftsförderung, auch auf die sinkenden Zahlen zur Ausbildungsbeteiligung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund.

Auch der Ausbildungsring Ausländischer Unternehmer e.V. (AAU) ist in Nürnberg mit einer ähnlichen Zielrichtung seit 1999 aktiv. Ziel des AAU ist es, die Ausbildung in Betrieben ausländischer Unternehmer in Nordbayern zu fördern und Ausbildungsplätze für ausländische, aber auch für deutsche Jugendliche zu schaffen. Die Unternehmer des Ausbildungsringes qualifizieren die jungen Ausländer im Rahmen einer Verbundausbildung. Der Verein stellt die Jugendlichen ein, übernimmt die Gesamtverantwortung für die Ausbildung und ist die Schnittstelle für alle Beteiligten. Zurzeit betreut der Ring Reiseverkehrs- sowie Einzel- und Großhandelskaufleute, Verkäuferinnen und Verkäufer, Kaufleute für Bürokommunikation, Speditionskaufleute, Mediengestalter, IT-System-Elektroniker und Fachkräfte in Gastgewerbe und Hotellerie. Etwa 120 Auszubildende sind in etwa 80 Ausbildungsstätten beschäftigt. Der Ring kooperiert mit der IHK Nürnberg, dem Arbeitsamt und dem Ausländerbeirat der Stadt. 90 % der Kosten werden durch öffentliche Zuschüsse des Landes, des Arbeitsamtes und aus dem Europäischen Sozialfonds gedeckt. Den Rest finanzieren die AAU-Mitglieder.

Die Gründung des AAU geht auf eine Initiative des Aktionskreises beruflicher Qualifizierung junger Ausländer (ABA) zur Gewinnung ausländischer Unternehmer für die Berufsausbildung zurück. Vorausgegangen waren zahlreiche Informationsveranstaltungen mit ausländischen Unternehmen, die in Zusammenarbeit mit der IHK Nürnberg für Mittelfranken, dem Aktionskreis ABA, dem Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg und zwei türkischen Unternehmerverbänden durchgeführt wurden."

Quelle: Schuleri-Hartje / Floeting / Reiman, 2005, S. 95-96

Bislang wird nur vereinzelt vom Engagement ortsansässiger **deutscher Unternehmen** für die Integration von Zuwanderern berichtet. Es sollte versucht werden, die Unterstützung der

Unternehmen für konkrete Projekte, insbesondere im Bereich der Aus-
bildungsförderung Jugendlicher, zu gewinnen.

In Hamburg sind so genannte **IntegrationsCenter** eingerichtet worden (Träger u.a. die AWO), an die die zuständigen Einwohnermeldeämter neu Zugewanderte verweisen. Diese IntegrationsCenter führen für jeden neuen Zuwanderer eine Analyse seiner **beruflichen Fähigkeiten** durch und arbeiten mit ihm individuelle **Integrationspläne** aus, bei deren Verwirklichung sie behilflich sind. Im Idealfall sollte jeder neu Zugewanderte persönlich angesprochen und im Hinblick auf seine „Integrationskarriere“ beraten und betreut werden.

Lokale Netzwerke und Kooperationen, in denen sich vor Ort ansässige Unternehmen zusammenschließen und **Öffentlichkeitsarbeit zur Imageverbesserung** des Quartierstandortes betreiben, sind zu unterstützen, gegebenenfalls zu initiieren.

Wo immer möglich und sozialverträglich umzusetzen, sind **Räumlichkeiten** im Quartier (Brachen, nicht genutzte Gewerbe- und Wohnflächen) bereitzustellen, in denen Zuwanderer und Einheimische **informeller Beschäftigung** nachgehen können. **Eigenarbeit** kann zum einen zur **Existenzsicherung** beitragen, zum anderen können berufliche **Qualifikationen** und **praktische Begabungen** erhalten und vertieft werden.

Für **Wohnungsunternehmen** bietet sich in diesem Zusammenhang z.B. eine Teilnahme an der **Mietermodernisierung** an, die bei wirtschaftlich schwachen Mietern auf Eigenleistungen setzt oder die sich umgekehrt Modernisierungsleistungen durch praktische Arbeitsleistungen des Mieters „vergüten“ lässt.

5. Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten

Partizipation und aktive Interessenvertretung wirken integrationsfördernd. Das Maß, in dem Zuwanderer ihre Interessen aktiv in kommunale Entscheidungsprozesse oder etwa in Vertretungsorgane bei den Wohnungsunternehmen einbringen, ist bislang jedoch allgemein gering.

Partizipationsangebote, vor allem wenn sie für alle Gruppen gleichermaßen angeboten werden, **erreichen** Zuwanderer, insbesondere ältere Erwachsene, nur **selten**. Diese Erfahrung machen viele Wohnungsunternehmen, sie wird aber auch durch Erfahrungen aus Stadtplanungsprozessen mit Partizipationsmöglichkeiten bestätigt. Ausschlaggebend dafür sind vor allem **Sprachschwierigkeiten**, aber auch hierzulande gängige, mittelschichtsorientierte **Kulturtechniken** (traditionelle Vereinsstrukturen, Diskussionsforen, Schriftlichkeit).

in der Kommune

Die Kommunen sollten zunächst für eine bessere **Nutzung der Mitsprache- und Vertretungsmöglichkeiten der Zuwanderer** werben, z.B. für Wahlbeteiligung bei Ausländerbeiratswahlen. Gegebenenfalls sind die Ausländerbeiräte „realpolitisch“, aber auch institutionell aufzuwerten.

Eine gute **Kooperation** zwischen Kommune und Migrantenorganisationen sollte angestrebt werden. Ansatzpunkte dafür bietet die Kontaktaufnahme bei bestehenden Projekten zur Stadtteilentwicklung und Bürgerbeteiligung.

in Wohnungsunternehmen

Um Zuwanderer für Partizipationsvorhaben im Quartier zu gewinnen, ist der Aspekt „**Migrationshintergrund**“ in solchen Angeboten zur Teilhabe zu berücksichtigen: entweder, indem für die Teilnahme besonders geworben wird, oder durch Angebote, die aus-

schließlich auf Migranten zielen, z.B. die Bestellung von Vertrauenspersonen aus dem Kreis der Zuwanderer, die dem Unternehmen beratend zur Seite stehen oder auch begrenzte Mitentscheidungskompetenzen haben.

Die Wohnungswirtschaft hat positive Erfahrungen mit **Mieterbeiräten** bzw. -initiativen gemacht und unterstützt sie. Obwohl die Wünsche der Bewohner oft gar nicht erheblich von den Vorstellungen des Wohnungsunternehmens abweichen, entsteht allein durch das Engagement in einem solchen Gremium ein **Gefühl von Nachbarschaftlichkeit**, das sich positiv auf das Zusammenleben auswirkt.

Wichtigstes Instrument zur Aktivierung von Zuwanderern in der Bewohnerschaft ist das gesprochene Wort, der **persönliche Kontakt**. Insofern sind Informationsmaterialien in den Muttersprachen der Bewohner zwar begrüßenswert, aber nicht genügend, da in vielen Kulturen das **gesprochene Wort** gegenüber dem geschriebenen Vorrang hat. Es hat sich in vielen Stadtteilen als erfolgreich erwiesen, die Bewohner an **alltäglichen Kommunikationsorten** anzusprechen und zu informieren bzw. **Beteiligungsangebote** direkt an solchen Orten stattfinden zu lassen, die von den Zuwanderern selbstverständlich besucht werden und die ihnen auch eine gewisse Verhaltenssicherheit vermitteln, wie z.B. Café, Verein, Gemüsehändler, Kindertagesstätte, auch Moschee.

Werden Zuwanderer nicht als Einzelperson, sondern als **Mitglied ihrer ethnischen Gruppe** angesprochen, kann dies ihre Beteiligungsbereitschaft fördern. Der soziale und kulturelle Zusammenhang bietet ihnen mehr **Entscheidungssicherheit** und stützt ihr **Selbstbewusstsein**, da sie sich innerhalb ihrer Gruppe beraten und einigen können. Dies zeigt einmal mehr, wie zentral die Bereitstellung von **Räumen für die Selbstorganisation** der Zuwanderer (ein häufiges Beispiel sind türkische Frauengruppen) und für interkulturelle Begegnung ist.

(Konflikt-)Mediation sollte für das Quartier zur Verfügung stehen, um neben sozialen z.B. auch kulturelle Konflikte zu lösen. Das Quartiersmanagement oder ein ähnlicher intermediärer Akteur eignet sich als örtliche Anlauf- und Vermittlungsstelle. Sinnvoll ist es, **Mediatoren** aus der Bewohnerschaft zu rekrutieren und sie hierfür zu qualifizieren. Üben Unternehmensmitarbeiter oder kommunale Vertreter diese Rolle aus, so erweist sich dies in der Regel als weniger zielführend, da diese häufig als „Kontrollpersonen“ betrachtet werden.

Konfliktursachen resultieren häufig aus **Unkenntnis** der Zuwanderer über die Gepflogenheiten vor Ort sowie über die Rechtsverhältnisse aus dem Mietvertrag. Vorbeugend ist es daher unerlässlich, nutzerorientiert über **Rechte und Pflichten** als Mieter sowie über **Gepflogenheiten** im Wohnquartier zu informieren, und zwar schriftlich in den einschlägigen Muttersprachen und durch persönlichen Kontakt.

Öffentliche Feste und Gruppenaktivitäten erweisen sich als eine gut geeignete Maßnahme, um den **Gemeinschaftssinn** innerhalb eines Wohnquartiers zu fördern und zugleich ein positives Bild der Nachbarschaft in die Außenwelt zu transportieren und so der Stigmatisierung eines Viertels entgegenzuwirken. Werden die Bewohner in die Organisation einbezogen, bieten Feste den verschiedenen Bewohnergruppen Gelegenheit, ihre Alltagskultur (z.B. Küche, Musik) vorzustellen und die anderer kennen zu lernen.

Ein wichtiger Faktor der Quartiersstabilisierung besteht ferner darin, auch **umliegende Nachbarschaften** und Stadtteile in den Entwicklungsprozess des Quartiers einzubeziehen, um Projektionen und Widerstände von dort abzubauen und dem Anschein der Bevorzugung bestimmter Quartiere zu begegnen, während die Lebenssituation auch jenseits eines von Zuwanderern geprägten Quartiers möglicherweise selbst prekärer wird. Die Adressaten von Integrationsbemühungen können damit auch am Rand eines von Zuwanderern geprägten Quartiers wohnen.

Beispiel: Mieteraktivierung in Großsiedlungen in Köln-Chorweiler durch PAREA

„Parea ist eine gemeinnützige Gesellschaft für soziale Dienstleistungen, die an mehreren Standorten - vornehmlich in Nordrhein-Westfalen - tätig ist. Als modellhaftes Projekt der Wohnungswirtschaft verfolgt sie das Ziel, soziales Engagement in der Mieterschaft von Großraum- und Hochhaussiedlungen zu fördern. Dabei steht die neue Gesellschaft für den Versuch, soziale Verantwortung, die Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe, Kinder- und Jugendförderung und die Integration von Aussiedlern und ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit den Interessen von Wohnungsunternehmen zu verbinden. [...]

In Köln-Chorweiler ist die Parea seit Mitte 2000 aktiv. Den Auftrag für die soziale Mieterarbeit und wohnbegleitenden Dienstleistungen erhielt die Gesellschaft von der Sahle Wohnen GbR, einem mittelständischen und überregional tätigen Wohnungsbauunternehmen. In Köln bewirtschaftet Sahle rund 3.000 Wohnungen. [...]

Ausgangspunkt der sozialen Mieterarbeit war eine Komplett-sanierung und Modernisierung von rund 700 Wohnungen durch die Sahle Wohnen GbR, inklusive der baulichen Erneuerung eines 23-geschossigen Hochhauses. Von vornherein stand für die Initiatoren des Erneuerungsprozesses fest, dass die anvisierten Veränderungen und Verbesserungen nicht allein mit baulichen Maßnahmen erreicht werden konnten, dass es vielmehr eines ‚ganzheitlichen‘ Ansatzes bedurfte, der bauliche und soziale Erneuerungen in sich einschloss, um die gewünschten Erfolge zu erzielen. Dabei war der erste Schritt in diesem Prozess - die bauliche Modernisierung - nicht nur aus wohnungswirtschaftlicher Sicht wichtig, sondern auch, weil er Öffentlichkeit und Mieterschaft den Willen zur Veränderung, den angestrebten Wandel deutlich sichtbar vor Augen führte.

Um einen möglichst nahtlosen und direkten Übergang von den architektonischen zu den sozialen Veränderungen zu schaffen, leitete die Parea ihre Aktivitäten schon in der Schlussphase der Moderni 45

sierung in einem der Wohnkomplexe ein. Die erste Parea-Bewohnergruppe bildete sich nach zwei Mieterversammlungen. Durch die weitere Ansprache von Bewohnern kamen dann recht schnell neue Interessengruppen dazu, die - dem Selbsthilfe-Ansatz der Parea folgend - auf Bedürfnisse und Wünsche der Bewohner zurückgehen und von den Mietern selbst geführt und organisiert werden. Inzwischen bieten ein Seniorenkreis, eine Gesangsgruppe russlanddeutscher Aussiedler, ein Skatclub und eine Sicherheitsgruppe Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Mieter an.

Dass auch Kinder und Jugendliche in die Arbeit einbezogen werden und Verantwortung übernehmen, ist ein Prinzip der Parea. Die jüngsten Vorstandsmitglieder in den Parea-Gruppen sind 14 Jahre alt. [...]

Im Dezember 2001 öffnete das Parea-Kinderzentrum in Chorweiler seine Pforten. Die Einrichtung, die in einer freigestellten Drei-ZimmerWohnung untergebracht ist, versteht sich als Bildungs- und Freizeitzentrum, das sich die Förderung von Kindern aus Spätaussiedlerfamilien aus der früheren Sowjetunion zum Ziel gesetzt hat. Die Konzeption sieht vor, einerseits russische Kultur und Tradition zu pflegen, andererseits einen Beitrag dazu zu leisten, dass sich die russischen Spätaussiedler für die deutsche Lebensweise und Kultur öffnen. Darüber hinaus soll das Kinderzentrum Möglichkeiten der Begegnung und des Austauschs von Kindern und Jugendlichen aus verschiedenen Nationen schaffen. Rund 170 Kinder im Alter von vier bis fünfzehn Jahren besuchen die Kurse und Angebote. Die Schwerpunkte des Programms liegen in den Bereichen Sprache, Schach und Kunst. [...]"

Quelle: Praxisdatenbank „Soziale Stadt“. <http://www.sozialestadt.de/praxisdatenbank/suche/ausgabe.php?id=136>

(Seitenaufruf: 11.11.2004)

6. Sicherheitsempfinden im Quartier

Die **Beeinträchtigung des Sicherheitsempfindens** bei Bewohnern eines Quartiers wirkt **integrationshemmend**. Diffuse Ängste werden in der Regel auf „Fremde“ projiziert, also auf Personen, die sich durch Aussehen, Sprache und Kultur von den Einheimischen unterscheiden.

Zunächst können **bauliche Maßnahmen** Abhilfe schaffen, etwa die Verbesserung der Beleuchtung und die Beseitigung von Sichthindernissen (z.B. Bepflanzung) im öffentlichen Raum, bauliche Abgrenzungen zwischen privatem, halböffentlichem und öffentlichem Raum (s.u.) und Ähnliches mehr.

Beispiel: Präventive Bebauung in Freiburg, Rieselfeld

„Die Projektgruppe nahm viele dieser kriminalpräventiven Anregungen [der Polizei; die Verf.] direkt in den Bebauungsplan auf. Das macht sich im Stadtbild angenehm bemerkbar. Hochhäuser sucht man vergeblich. Vier Geschosse sind das Maximum. Die Wohneinheiten wurden klein gehalten. Durch eine konsequente Blockrandbebauung und zur Straße orientierte Hauseingänge gibt es kaum versteckte Winkel und Ecken. Durchgänge im Erdgeschoss oder transparente Eingangstüren ermöglichen bereits von außen den Blick auf den Innenhof. Dort blüht und sprießt es rosa, gelb und blau, steht auch mal eine kleine Bank. Ist kein Geschäft im Erdgeschoss, hat jede Wohnung ihren eigenen Garten, abgegrenzt nur durch halbohohe Hecken. So bleibt das Grundstück trotz natürlicher Barriere für die Nachbarn einsehbar - und Einbrecher werden abgeschreckt. Oft ist mittendrin auch ein Spielplatz, der von den Bewohnern der umliegenden Häuser ebenfalls gut beobachtet werden kann. Nachts wird Rieselfeld zu einem Lichtermeer. Ob in filigraner Form auf dem zentralen Platz oder in runder Form an

den Gehwegen - das Gelände ist durchweg gut ausgeleuchtet. Das stärkt das Sicherheitsgefühl der Anwohner."

Quelle: Erdmann, 2004

Im Quartier sollte dem „Herumlungern“ von Jugendlichen im öffentlichen Raum mit der **Bereitstellung geeigneter Freiflächen und Räume** vorgebeugt werden, wo sie sich treffen können. (Betreute) Spiel- und Sportangebote im Quartier stellen ebenfalls geeignete Maßnahmen dar.

Die Wohnungsunternehmen setzen - gegebenenfalls unter Einsatz öffentlicher Mittel - zunehmend **Conciergen bzw. Hausbetreuer** ein, die auch als Ansprechpartner und Schlichter für die Bewohner im Konfliktfall fungieren und im Übrigen verhindern können, dass sich ungebetene Fremde zum Gebäude Zutritt verschaffen.

Beispiel: Nassauische Heimstätte, Frankfurt am Main

Die Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft, Frankfurt am Main, setzt in ihren Siedlungen Haus- und Siedlungsbetreuer, so genannte „HASIS“, ein. Sie verbindet das Konzept zugleich mit einer beschäftigungspolitischen Maßnahme, indem Langzeitarbeitslose für diese Tätigkeit rekrutiert wurden.

Videoüberwachung im öffentlichen Raum oder der Einsatz von privaten Wachdiensten sollten hingegen nicht das erste Mittel der Wahl sein, da sie selten mehr leisten, als unliebsame Nutzungen oder Gruppen, die Unsicherheitsgefühle erzeugen, an andere Orte zu verdrängen.

Andererseits hat sich die Präsenz von **Polizeibeamten** im Quartier bewährt, die dort auf Dauer eingesetzt sind und den Bewohnern als Ansprechpartner zur Verfügung stehen sowie in Arbeits- und Gesprächskreisen des Quartiers beratend mitwirken.

Häufigste Quelle von **Konflikten im Quartier** sind nach wie vor die Themen **Sauberkeit, Ordnung und Ruhe**. Sie sind zugleich auch wichtige Indikatoren „guter“ Wohnverhältnisse und „guter“ Lagen, und zwar unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit. Trotzdem bestehen hinsichtlich dieser Faktoren immer noch erhebliche Vorurteile gegenüber Zuwanderern. Sauberkeit und Ordnung fördern die Identifikation mit dem Haus und seiner Umgebung.

Deshalb wird diesen Faktoren gerade auch von jenen Zuwanderern ein **hoher Rang** zugemessen, die innerhalb der deutschen Gesellschaft aufsteigen wollen.

Der Grund für Störungen durch Schmutz, Müll oder Lärm liegt häufig aber in der **Architektur** selbst. Deshalb ist bereits bei der Planung, insbesondere bei Instandsetzungen und Modernisierungen, auf Form- und Materialwahl sowie Raumanordnungen zu achten, die solche Konfliktquellen vermeiden.

Dies bedeutet beispielsweise:

Balkon- und Terrassenanordnungen, die Privatheit ermöglichen
Vermeidung von Wiederhall in Höfen und Erschließungswegen
Vermeidung von Nischen, in denen sich Schmutz fängt
großzügige Müllsammelstellen mit erhöhtem Leerungsturnus
intensive Sperrmüllentsorgung

Dem Broken-Windows-Effekt ist durch **laufende** Instandhaltung, Ausbesserungen an Gebäuden und im Wohnumfeld vorzubeugen.

7. Freiräume

Faktoren wie die **Gestaltung** von Wohnung und Wohnumfeld wirken sich auf das soziale Zusammenleben und damit auch auf das Integrationsklima für Zuwanderer aus.

Öffentliche Räume und Plätze erfüllen wichtige Funktionen bei der sozialen Integration der Anwohner: Sie sind Begegnungsorte und Kommunikationsstätten, sie ermöglichen Neuzuwanderern Orientierung in der Aufnahmegesellschaft und fungieren als **Informationsdrehscheiben und Job-Börsen**.

Für Familien mit größeren Haushalten, die bei Zuwanderern häufiger anzutreffen sind, dient der öffentliche Raum zudem als **Erweiterung des Wohnraums**. Haushalts- und Versorgungsfunktionen, Spiel und Kommunikation werden - vor allem im Sommer - partiell ins Freie verlagert.

In Quartieren, deren Bewohner in ihrer Mobilität oft eingeschränkt sind und denen Kontakte in andere städtische Räume, aber auch über die Erwerbstätigkeit fehlen, ist die Gestaltung öffentlicher Räume dafür auszulegen, eine Vielzahl **unterschiedlicher Bedürfnisse** verschiedener Bewohner zu befriedigen. Daher sind öffentliche Räume **flexibel** zu gestalten. Starre, monofunktionale Gestaltungen sind weniger sinnvoll.

Gemeinschaftsräume bieten ebenfalls Möglichkeiten der Kommunikation und Nachbarschaftspflege. Wie stark Gemeinschaftsräume genutzt werden, hängt mit davon ab, ob sie die „richtige“ Größe haben, gut zugänglich und in der Wohnsiedlung „richtig“ gelegen sind. Die „richtige“ Lage im Quartier erlaubt **vielfältige Nutzungen** und ist ausbalanciert zwischen dem Interesse der Bewohner an ruhigem Wohnen und häufiger Nutzung der Gemeinschaftseinrichtungen. Bei der Nutzung der Räume ist auf **gleichberechtigten Zugang** für alle Interes-

senten zu achten. Sinnvoll ist ferner, die Nutzer in die **Verantwortung** für die Räume einzubinden.

Über den praktischen Nutzen hinaus transportieren funktional gestaltete, unterschiedlich nutzbare öffentliche Plätze und Gemeinschaftsräume auch einen **symbolischen Wert** für die Bewohner, der die Identifikation mit dem Quartier stärkt und zu Engagement für die Wohnumgebung anregt. Um diesen Effekt zu fördern, sind diese Orte sauber und aufgeräumt zu halten.

Kommunen und Wohnungsunternehmen sollten, wo immer möglich, **Räumlichkeiten** und **Freiflächen** zur gemeinsamen Nutzung durch die Bewohner bereitstellen. Dafür bieten sich z.B. an: schlecht vermietbare Wohnungen, aufgelassene Gewerbeflächen, Abstandsgrünflächen, Innenhöfe.

Zu einer Aufwertung und entsprechend sorgsamem Umgang mit öffentlichen Flächen kann **Kunst im Raum** beitragen, wenn die Bewohner, insbesondere Kinder, den kreativen Prozess mitgestalten. Die Arbeit am gemeinsamen Produkt hat darüber hinaus eine positive Wirkung auf das soziale Zusammenleben aller Bewohner.

**Beispiel: Zwischennutzung einer Brache als Spielplatz,
Frankfurt a.M.**



Solange die konkreten Planungen für das Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs in Frankfurt am Main noch zu keinem Ergebnis gekommen sind, wird ein Teil der Fläche als Spielplatz für die Kinder und Jugendlichen des Gallus-Viertels genutzt, das als innerstädtisches Quartier nur über sehr wenige Freiflächen, insbesondere für Kinder und Jugendliche, verfügt. (Foto: Schader-Stiftung)

B. Nutzungsmischung im Quartier

Für sich diversifizierende Stadtgesellschaften mit hohem Integrationsbedarf bieten **nutzungsgemischte Quartiere** bessere Bedingungen als reine Wohngebiete. Dort finden sich vielfältigere **Erwerbsmöglichkeiten**, mehr **Kontakte** über die engere Familie und Verwandtschaft hinaus und damit auch leistungsfähigere **soziale Netze**.

Nutzungsmischung im Quartier wirkt wie ein Katalysator für unterschiedliche Erfahrungen des Zusammenlebens. Hier sind unterschiedliche städtische Funktionen, Lebensstile und Kulturen im Raum präsent, öffentlich wahrnehmbar und erlebbar.

Besonders das **Quartier mit älterer Bausubstanz** und höherer Dichte entspricht dem klassischen Typ des nutzungsgemischten Einwandererquartiers, in dem **Neuankömmlinge** durch Angehörige derselben Ethnie **Orientierungen** im Aufnahmeland erhalten und gleichzeitig genug eigenethnische „Rückendeckung“ im Sinne von Lebens- und Konsumgewohnheiten finden. Viele dieser Quartiere haben sich zum **Dauerwohnsitz** für Zuwanderer entwickelt.

Die Funktion solcher Stadtteile als „**Brücken**“ in die Aufnahmegesellschaft gilt es in jeder Hinsicht zu **stärken**. **Kommunen** und **soziale Träger** sollten mit ihren Regelinstitutionen, ihren freiwilligen Einrichtungen und ihren Erwartungen an Zuwanderer vor Ort **präsent sein**, ihnen dort mit ihren Angeboten begegnen und für sie werben.

Gerade in innerstädtischen Altbauquartieren herrscht allerdings häufig **Einzeleigentum** an den Wohnhäusern vor. Die Interessenlage der Eigentümer ist naturgemäß unterschiedlich, ebenso ihre Bereitschaft und auch wirtschaftliche Fähigkeit, in die Modernisierung oder zumindest Instandhaltung ihrer Häuser zu investieren. Da jedoch die **Mitarbeit** der Einzeleigentümer für die Erhaltung der Wohnungs 53

bestände, die Wohnumfeldverbesserungen und die Stabilisierung des Quartiers notwendig ist, sollten sie in quartiersbezogene **Maßnahmen der Stadt** einbezogen werden. Gegebenenfalls ist ihre **Selbstorganisation** zu ihrer Interessenwahrung bei entsprechenden Verhandlungen mit der Stadt zu fördern.

Um der Nachfrage nach besonders **günstigen Mieten** entgegenzukommen, wird neben privaten Vermietern den **öffentlichen Wohnungsunternehmen** angeraten, ebenfalls **niedrigpreisigen Wohnraum mit einfachen Standards** anzubieten.

Es ist auch zu prüfen, ob bestimmte ethnische Quartiere für **neue Bevölkerungsgruppen** (z.B. Studenten, Künstler) anziehend gemacht werden können. Dabei ist jedoch **Gentrifizierung** zu vermeiden.

Beispiel: Gezielte Anwerbung von Studenten zur Entwicklung eines „Multikulti-Stadtteils“ in Hamburg

„Die Elbinsel Veddel bekommt ein neues Image: Zum 1. August ziehen an der Straße Am Zollhafen 5 gegenüber dem Muggenburger Zollhafen die ersten Mieter ein, die vom Programm für studentisches Wohnen profitieren. Seit dem 1. Juli fördert die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt (WK) die Mieten von Studenten, die auf die Veddel ziehen. Trägerin und Eigentümerin der WK ist die Stadt. Der Senat arbeitet dafür mit dem Studentenwerk, dem Unternehmensverbund SAGA GWG, weiteren Vermietern und den Mietervereinen zusammen.

Noch sei die Veddel ein Geheimtipp, aber schon bald die neue ‚Hafencity‘ für Hamburgs Studenten [...] Seit den 80er-Jahren modernisiert die GWG ihre rund 1.000 Altbauwohnungen auf der Veddel für insgesamt 45 Mio. Euro. [...] Auf der Veddel leben zurzeit etwa 4.640 Menschen, der Anteil an Ausländern ist hoch, er liegt bei

knapp 60 %. ‚Wir glauben an die Veddel und investieren hier‘, sagte GWG-Vorstand Lutz Basse. [...]

Jetzt wolle man [...] die Veddel weiterentwickeln, um junge Leute nach Hamburg und in den Stadtteil zu ziehen. Wohnen direkt am Wasser sei auf der Veddel im Gegensatz zur HafenCity erschwinglich, so Basse. Der Stadtteil soll auch mit Kultureinrichtungen und neuem Gewerbe wie einer spanischen Tapas-Bar an der Veddeler Brückenstraße 120 besonders junge Menschen anziehen. In der ehemaligen Polizeisporthalle im Innenhof der Straße Am Zollhafen 5 soll im Herbst 2005 ein Sport- und Kulturzentrum eröffnet werden.

Gewerbetreibende sowie Existenzgründer werden ebenfalls gefördert. Zehn Gewerbeobjekte stellt die GWG zur Verfügung. Der geförderte Mietvertrag sieht eine Nettokaltmiete von drei Euro über zwei Jahre vor."

Quelle: Hamburger Abendblatt, 17.7.2004; siehe auch: <http://www.abendblatt.de/daten/2004/07/17/319247.html>

(Seitenaufruf: 12.10.2004)

Eine **Funktionsmischung** mit nichtstörenden Gewerbebetrieben kann auch zur **Aufwertung** eines Gebietes beitragen. Hier sind insbesondere Existenzgründer und solche Betriebe zu unterstützen, die die Arbeitsplatz- und die Nahversorgungssituation im Quartier verbessern können.

9. Städtebau, Architektur und soziales Zusammenleben

Die negativen Zuschreibungen, denen manche dieser Wohnsiedlungen oft unterliegen, wirken auf ihre Bewohner zurück und erschweren den Integrationsprozess. Daher gilt es zunächst, der **Stigmatisierung** entgegenzuwirken, die sich von Gebäuden bzw. einer Adresse auf ihre Bewohner überträgt.

Großsiedlungen in West- und Ostdeutschland stellen auch in Zukunft - nicht zuletzt wegen ihrer quantitativen Bedeutung - ein **bedeutsames Segment** des Wohnungsmarktes dar. Sie spielen auch weiterhin, ob mit oder ohne Belegungsbindungen, eine wichtige Rolle bei der Wohnungsversorgung von Migranten. Wenn im Zuge von langfristigen Stadtentwicklungs- und Stadtumbaumaßnahmen vorhandene **Defizite** beseitigt werden sollen (Architektur, Fassadengestaltung, Wohnumfeld, bauliche Dichte) oder ergänzender Wohnungsneubau erfolgt, sollten kleinteiligere,utzungsgemischte Wohnformen angestrebt werden.

Dabei gibt es **keine Merkmale einer migrantenspezifischen Wohnarchitektur**, vielmehr kommen nutzungsneutrale Grundrisse mit großer Wohnküche sowie eine gute Außenraumanbindung den Bedürfnissen aller Bewohnergruppen entgegen.

Es besteht die Gefahr, dass die geringer werdende Zahl kommunaler Belegrechte in Zukunft zu einer weiteren **Konzentration benachteiligter Gruppen** in den verbliebenen sozial gebundenen Beständen führt. Bei gleichzeitiger Abwanderung besser gestellter Haushalte und fortschreitender negativer Entwicklung der Beschäftigtenzahlen der dort Lebenden drohen solche Quartiere von der Entwicklung der Gesamtstadt abgeschnitten zu werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass ökonomische Konflikte und solche um infrastrukturelle und soziale Ressourcen von ethnischen überlagert werden, steigt. Die **Vermeidung von stigmatisierten „Armutinseln“** muss daher primäres Ziel kommunaler Politik sein. Kommunen und Wohnungsunternehmen sollten

mit **Kooperations- oder Belegungsverträgen** eine mittelbare Belegung ermöglichen bzw. praktizieren und damit solchen Negativentwicklungen entgegenwirken.

Dem Problem der „**Armutinseln**“ und „**sozialen Brennpunkte**“, in denen sich vor allem Zuwanderer konzentrieren, wird in Frankreich und den Niederlanden neuerdings mit dem **Abriss von Großwohnsiedlungen** begegnet. **Neue Stadtteile** mit architektonischer Vielfalt und für verschiedene Bewohnergruppen sollen entstehen. Es ist zu vermuten, dass diese Maßnahme nur dann zur langfristigen und besseren Integration von Zuwanderern beiträgt, wenn auch begleitende **wirtschaftliche, beschäftigungspolitische und soziale** Anstrengungen greifen.

Für die städtebauliche und architektonische **Gestaltung von Wohnanlagen**, die sich positiv auf das soziale Zusammenleben und damit auf die sozialräumliche Integration von Zuwanderern auswirkt, bieten sich zahlreiche Ansatzpunkte. Die Palette der anerkannten Maßnahmen sollte gezielt ausgeschöpft werden.

Eine zunächst widersprüchlich klingende, aber folgenreiche Erkenntnis ist, dass Integration in die Gesellschaft die Möglichkeit des Einzelnen zur räumlichen **Abgrenzung** erfordert.

Für die bauliche Gestaltung heißt dies vor allem die **Unterscheidung** zwischen privatem, halböffentlichem und öffentlichem Raum.

Die räumliche **Offenheit der Wohnsiedlungen** der 1960er- und 1970er-Jahre mit ihren großen, ungenutzten Abstandsflächen, die uns heute „ungestaltet“ erscheint, weil ihnen jegliche räumliche Differenzierung fehlt, erweist sich als ein wesentliches **Integrationshindernis**. Wenn es selbst den Bewohnern schwer fällt, zwischen „eigenem“ und öffentlichem Raum zu unterscheiden, wenn also öffentl 57

liche und persönliche Verantwortung übergangslos zusammenlaufen, kann sich ein Gefühl der **persönlichen Verortung** und **Identifikation** kaum entwickeln. Verhaltensunsicherheiten entstehen, die Indifferenz des Raums fördert gleichgültiges Verhalten im Raum.

In den Wohnanlagen ist daher, wo immer möglich, die **Differenzierung** zwischen privatem, halböffentlichem und öffentlichem Raum nachträglich herzustellen.

Die **Gestaltung der Hauszugänge** erfährt in jüngster Zeit bei Neubauten eine erhöhte Aufmerksamkeit; sie werden aber auch im Bestand zunehmend umgestaltet. Als „Visitenkarte“ des Hauses setzen sie nicht nur Zeichen der **Erkennbarkeit**, **Individualisierung** und **Identifikation**, zugleich sind sie auch der Ort, an dem zufällige **Begegnungen** und **Kommunikation** unter den Bewohnern am häufigsten stattfinden. Um das soziale Zusammenleben zu stärken, sollten Hauszugänge Aufenthaltsqualitäten aufweisen; reine Passagen leisten dies nicht. Die Einrichtung von **Conciergen** im Eingangsbereich großer Wohnanlagen bietet den Bewohnern eine Ansprechperson und trägt dazu bei, ihr Sicherheitsgefühl zu erhöhen (s.o.).

Der **Wohnbereich** inklusive seiner Außenanlage soll zum öffentlichen Raum hin für Bewohner und Fremde wahrnehmbar baulich **abgegrenzt** sein.

Erst die Abgrenzung zum öffentlichen Raum eröffnet die Möglichkeit, die Außenanlagen der Wohngebäude, also den **halböffentlichen Raum**, so zu gestalten, dass sie von den Bewohnern als „**ihnen zugehörig**“ angenommen werden.

Der halböffentliche Raum kann verschiedene Funktionen beinhalten; beispielsweise können **Spielplätze und Treffpunkte** hier angesiedelt werden.

Immer häufiger werden gerade auch von Zuwanderern stark nachgefragte **Mietergärten** eingerichtet - aus gutem Grund: Auf der einen Seite bieten sie Raum zur persönlichen **Selbstverwirklichung** und zur **Subsistenzförderung**; zum anderen sind sie häufig genutzte Orte der zufälligen wie auch beabsichtigten **Kommunikation**. Voraussetzung für gut funktionierende Mietergärten ist, dass sie tatsächlich privat sind; der eigene Gartenbereich muss von dem des Nachbarn abgrenzbar sein.

Beispiel: Differenzierung privater, halböffentlicher, öffentlicher Räume in Hamburg

„Die Hochhäuser [...] im Stadtteil Bergedorf-West wurden ab 1969 errichtet. Insgesamt leben hier 406 Haushalte. Ab den 1970er- und 80er-Jahren nahmen soziale Probleme und Vermietungsschwierigkeiten erheblich zu.

Mit der Sanierung und farblichen Neugestaltung der ehemaligen Waschbetonfassade wurde Anfang der 1990er-Jahre begonnen. Anschließend wurden zunächst die Hauseingänge funktionaler und mieterfreundlicher gestaltet. [Die Gesellschaft für Sozialmanagement und Projekte mbH; die Verf.] ProQuartier übernahm, damals noch als Fachabteilung der SAGA, die Planungen zur Verbesserung des Wohnumfeldes.

Zwischen 1996 und 2002 wurden mit finanzieller Unterstützung der Stadtentwicklungsbehörde unter anderem vier Hausbetreuerlogen mit Mietergemeinschaftsräumen errichtet sowie das gesamte Wohnumfeld neu gestaltet. Außer den Mietern und der SteB waren noch der Bezirk Bergedorf sowie die Lawaetz-Stiftung als Quartiersentwicklerin an den Maßnahmen beteiligt."



Links im Bild die neugestalteten Hauseingänge, der Flachbau rechts beherbergt nicht nur eine der Hausbetreuerlogen, sondern auch die Briefkästen der Mieter sowie einen Gemeinschaftsraum. Da das Siedlungsgelände vom öffentlichen Raum durch einen begrünten Zaun abgetrennt ist, erfolgt der Zugang ausschließlich durch die Logengebäude. Die Abgrenzung vom öffentlichen Raum ermöglichte erst die Neugestaltung der Außenanlagen, die von den Bewohnern gut angenommen werden. (Foto: Schader-Stiftung)

Auf dem folgenden Bild ist in der rechten unteren Bildecke der Zaun zu erkennen, der den öffentlichen Raum (in diesem Fall Bürgersteig und Straße) vom halböffentlichen Raum des Siedlungsgeländes trennt. In der Bildmitte ist ein Teil der Mietergärten zu sehen, die jeweils über einen eigenen Eingang verfügen (Holztore) und von den Nutzern voneinander abgegrenzt werden können (niedrige Hecken zwischen den privaten Gartenbereichen). (Foto: Schader-Stiftung)



Der **Forderung nach kostengünstigem Bauen** steht eine anspruchsvolle architektonische Qualität nicht entgegen. Die Verwendung serieller Elemente darf nicht zu einer stereotypen Vereinheitlichung der städtebaulichen Gestaltung und der baulichen Formen gerade im sozialen Wohnungsbau führen.

Um die **Identifikation** mit dem Wohnhaus und dem Quartier, in dem man lebt, zu erhöhen, sollten **individualisierende Bauelemente** verwendet werden. Sofern nicht die Architektur selbst das Besondere ist, sollten entsprechende **Akzente** in der Wohnumgebung oder an Gebäuden gesetzt werden. Neben der Detailausbildung der Hausfassade können Licht oder Farbe, Kunst oder technische Einrichtungen Akzente setzen, mit denen die Bewohner gegenüber anderen „ihr“ Wohnhaus identifizieren können.

Beispiel: Akzente an Gebäuden, Darmstadt



Bei diesem Sozialmietwohnungsbau in Darmstadt wurden die Fassaden der Treppenhäuser durch Fenster- und Farbgestaltung individuell differenziert. (Foto: Schader-Stiftung)

10. Wohneigentumsbildung

Allein aufgrund der Altersstruktur der zugewanderten Bevölkerung im Vergleich zur einheimischen wird deren Anteil an den Haushaltsgründungen künftig stark ansteigen und sich auch in **vermehrter Nachfrage** nach Wohneigentum niederschlagen.

Für die Standortentscheidung beim Wohneigentumserwerb von Zuwanderern ist vor allem die Nähe zu Familie und Verwandtschaft das maßgebliche Kriterium. Zuwandererhaushalte können aufgrund lang-

jähriger Verbundenheit mit „ihrer“ Mietwohnung und mit einem Quartier, in dem die Familie lebt, eine **wachsende Nachfragergruppe bei der Privatisierung der von ihnen bewohnten Bestände** bilden.

Privatisierung muss immer **sozialverträglich** erfolgen, d.h., das Ersterwerbsrecht der Mieter sollte gesichert sein. Vorher erbrachte Eigenleistungen der Mieter dürfen nicht den Verkaufspreis der Immobilie erhöhen, und bei der Veräußerung größerer Bestände muss den Mietern ausreichende **Informations- und Aufklärungsarbeit** ihre Rechte und Möglichkeiten im Rahmen des Eigentumserwerbs transparent machen, z.B. Denkmalschutzauflagen, Eigentümergemeinschaft.

Der Wunsch von Zuwanderern nach dem Erwerb von Wohneigentum weist häufig auf ihre **Integrations- und Aufstiegsorientierung** hin. Die Wohnungsunternehmen sollten daher auf solche Bedarfe eingehen.

IV. Zusammenfassung

Die räumliche **Konzentration und Segregation von Zuwanderern** in bestimmten großstädtischen Quartieren unserer Städte sind das Ergebnis einer über mehrere Jahrzehnte laufenden und aus verschiedenen Gründen **unvermeidbaren Entwicklung**.

Die Integrationspolitik der Städte muss deshalb darauf ausgerichtet sein, dass die stadträumliche **Segregation** der Zuwanderer nicht zu ihrer gesellschaftlichen **Ausgrenzung** führt. In ethnisch geprägten Wohnquartieren sind - bezogen auf die übrige Stadt - **gleichwertige Lebensverhältnisse und -chancen** herzustellen und zu sichern. Keinesfalls darf die Entstehung von „Armutsgghettos“ geduldet werden. Ethnische Quartiere dürfen aber auch nicht zu Freiräumen für Bestrebungen einzelner Zuwanderergruppen werden, sich von unserer ⁶³

Gesellschaft abzugrenzen und ein **geschlossenes Milieu** zu schaffen, in dem die Grundlagen unserer verfassten Gesellschaftsordnung keine Geltung haben sollen.

A. Alle Maßnahmen der städtischen Integrationspolitik haben dort anzusetzen, wo die Zuwanderer leben, also in ihren **Wohnquartieren**. Dies verhindert am ehesten deren Abschottung nach innen oder außen.

1. Schulische und sonstige Bildung

Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien verfügen über das Potenzial, bei dem Integrationsmaßnahmen am ehesten Erfolge zeitigen können. Zudem besteht ein **elementares allgemeines Interesse**, diesen Teil der jungen Bevölkerung zur uneingeschränkten Teilhabe an unserer Gesellschaft zu befähigen. Demgegenüber werden aber gerade hier **Defizite** festgestellt.

Städtische Integrationspolitik muss daher ihren Ausgangs- und Schwerpunkt in der **schulischen und sonstigen Bildung** der Kinder und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien haben. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass gerade bei diesen Kindern und Jugendlichen häufig eine Bildungsferne des Elternhauses zu überwinden ist.

Folgende Maßnahmen **im Quartier** bieten sich an:

Vorschulischer (Sprach-)Unterricht mit Teilnahmeverpflichtung und **weiterführende** Schulangebote über die Hauptschule hinaus.

Ferner sollen sich die Schulen im Quartier allgemein als Ort der Integration und als **Stadtteilschule** mit einem übergreifenden Bildungsauftrag - auch für Erwachsene - verstehen. Zudem sollte es ihre Aufgabe sein, bei den **erwachsenen Zuwanderern** für die Bildung ihrer Kinder zu werben und Hemmschwellen gegenüber Bildungseinrichtungen abzubauen.

Um den Jugendlichen aus Zuwandererfamilien die Wahl eines zukunftsfähigen Berufes zu erleichtern, sollte die Stadtteilschule „**Praxisklassen**“ vorsehen und **Betriebsbesuche** anbieten. Dieser Schülerkreis sollte auch verstärkt in **Betriebspraktika** vermittelt werden.

(**In der Schule angesiedelte**) **Freizeitangebote** für Kinder und Jugendliche fördern den Erwerb der deutschen Sprache und helfen, soziale Regeln einzuüben.

Zur Erreichung dieser Ziele muss die kommunale **Schulentwicklungsplanung** gestärkt werden. Die Berichterstattung im Rahmen von Sozialstrukturatlanten und vergleichbaren Erhebungen ist zu verknüpfen mit lokaler **Bildungsberichterstattung**.

Sprachförderung nach dem Zuwanderungsgesetz

Die sich aus dem Zuwanderungsgesetz ergebenden Möglichkeiten zur Sprachförderung sind auszuschöpfen. Darüber hinaus sollten ergänzende Angebote zum Spracherwerb für bereits hier lebende Zuwanderer vorgehalten werden.

Migranten-Ökonomie

Migranten-Ökonomie im Quartier ist der Faktor, der unter den heutigen Bedingungen des Arbeitsmarktes - neben der allgemeinen und beruflichen Bildung - noch am ehesten zur Integration von Zuwanderern dadurch beiträgt, dass er ihnen die **Teilnahme am Erwerbsleben** und die **Unabhängigkeit** von staatlichen Transferleistungen eröffnet. Das Potenzial der Migranten-Ökonomie für Integration, Wirtschaft und Arbeitsmarkt in der Stadt ist gezielt zu stärken und auszuschöpfen.

Funktion solcher gemischt genutzten Stadtteile als „Brücken“ in die Aufnahmegesellschaft gilt es in jeder Hinsicht zu stärken.

Öffentlicher Raum

Die Gestaltung des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raums wirken sich auf das soziale Zusammenleben und damit auch auf das Integrationsklima aus. Öffentliche Räume und Plätze sind Begegnungsorte und ermöglichen Zuwanderern die Orientierung in der Aufnahmegesellschaft. Sie sind so zu gestalten, dass sie unterschiedliche Bedürfnisse der Bewohner des Quartiers befriedigen können.

Sicherheit im Quartier

Die Beeinträchtigung des Sicherheitsempfindens bei Bewohnern eines Quartiers wirkt integrationshemmend. Dem ist durch bauliche und personelle Maßnahmen Rechnung zu tragen.

Image von Wohnquartieren

Die negativen Zuschreibungen, mit denen Wohnsiedlungen häufig konfrontiert sind, wirken auf ihre Bewohner zurück und erschweren den Integrationsprozess. Der Stigmatisierung solcher Quartiere ist entgegenzuwirken.

B. Partizipation

Angebote der Partizipation speziell für Zuwanderer auf städtischer und Quartiersebene sowie in den Wohnungsunternehmen sind zu schaffen bzw. zu stärken.

9. Wohneigentum

Die Bildung von Wohneigentum in der Hand von Zuwanderern kann ihre Lebenssituation in Deutschland stabilisieren und so zu ihrer Integration beitragen.

B. Bei der **Umsetzung der Empfehlungen** des Expertenforums sollten die Städte und Wohnungsunternehmen folgende Grundsätze beachten:

Integration ist ein **andauernder Prozess**. Integrationsmaßnahmen müssen **auf Dauer** angelegt sein.

Maßnahmen der Stabilisierung und Integration im Wohnquartier müssen **frühzeitig** - durchaus präventiv - einsetzen.

Integration vor Ort ist eine **Querschnittsaufgabe**. Auf städtischer Ebene sind ganzheitlich angelegte und ämterübergreifende Konzepte erforderlich.

Auf Quartiersebene sollten quartiersbezogene **Netzwerke** zwischen den Maßnahmeträgern und den sonstigen Akteuren gebildet und gefördert werden. Der Moderation und Koordination in solchen Netzwerken vor Ort im Sinne eines **Quartiersmanagements** kommt entscheidende Bedeutung zu.

In den Stadtverwaltungen und bei den Wohnungsunternehmen sollten im Rahmen der Personalentwicklung vermehrt **Mitarbeiter mit Migrationshintergrund** beschäftigt werden.

Soziale Dienstleistungen für Zuwanderer sollten stärker als bisher auf deren **spezifische Bedarfe** ausgerichtet werden. Angebotskombinationen sind anzustreben.

Die **Selbstorganisation** von Zuwanderern ist zu stärken. Die enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen, den Trägern sozialer Maßnahmen und ethnischen Vereinigungen ist anzustreben.

B. Eine wichtige Voraussetzung für Selbstorganisation der Zuwanderer und gemeinschaftsbildende Aktivitäten ist die Bereitstellung geeigneter **Räumlichkeiten** im Quartier.

9. Die türkischen Zuwanderer stellen zwar neben den Aussiedlern die größte Zuwanderergruppe, aber ihr Anteil an der Gesamtheit der Zuwanderer ist rückläufig. In Anbetracht des wachsenden Anteils von **heterogen zusammengesetzten Zuwanderergruppen** ist es dringend erforderlich,

den Kenntnisstand über deren kulturellen und sozialen Hintergrund zu erweitern, vermehrt Angebote auch für diese Gruppen bereitzustellen und dem Zusammenleben und dem Abbau von (potenziellen) Konflikten zwischen unterschiedlichen Zuwanderergruppen höhere Aufmerksamkeit zu schenken.

C. Schlussbemerkung

Das Expertenforum ist sich bewusst, dass es leichter ist, einen solchen Maßnahmenkatalog zu formulieren, als ihn praktisch umzusetzen. Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen verlangen Gratwanderungen und Aushandlungsprozesse. Auch müssen die einzelnen Maßnahmen den Bedingungen vor Ort entsprechen.

Schließlich ist alles natürlich auch eine Frage der knappen verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen.

Das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ wird deshalb in der zweiten, der Praxisphase besonders den Austausch unter den Städten des Praxisnetzwerks mit dem Ziel organisieren und fördern, dass jede beteiligte Stadt von den Erfahrungen der jeweils anderen Städte profitieren kann. Am Ende des Projekts soll ein Maßnahmenkatalog stehen, der in der kommunalen Praxis erprobt wurde, der umsetzbar ist und eine gewisse Allgemeingültigkeit beanspruchen kann.

V. Anhang

1. Arbeitsweise des Expertenforums

Das Expertenforum hat am 10. und 11. Februar 2004 in Hamburg und am 26. April, 18. Mai, 28. Juni, 9. Juli, 27. August, 13. und 14. September und 9. November 2004 jeweils in Frankfurt am Main getagt.

Im Rahmen der Sitzungen am 10. und 11. Februar in Hamburg und am 26. April 2004 in Frankfurt hat das Expertenforum Wohnviertel mit hohem Migrantanteil (Schneisen-Süd, Wilhelmsburg, Veddel, Bergedorf und Neu Allermöhe in Hamburg sowie das Gallus-Viertel in Frankfurt) besichtigt und eingehende Gespräche mit Akteuren vor Ort geführt.

Das Expertenforum hat zudem von der im Projekt vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht, zu einschlägigen Einzelfragen Expertisen einzuholen, und zwar zu folgenden Themen durch folgende Autoren:

Räumliche Verteilung und Wohnsituation von Zuwanderern in Deutschland, Susanne Worbs, Annette Sinn, Karsten Roesler, Hans-Jürgen Schmidt (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, früher: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge), Nürnberg

Segregation und Integration. Entwicklungstendenzen der Wohn- und Lebenssituation von Türken und Spätaussiedlern in der Stadt Nürnberg, Simone Zdrojewski (Universität Bamberg), Henning Schirner (Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik), Nürnberg

Objektive und subjektive Faktoren der Integration resp. der Ausgrenzung von Migranten im biographischen Verlauf, Walter Siebel (Carl-von-Ossietzky-Universität), Oldenburg

Migranten in Wohnungsunternehmen. Wohnungsvergabep Praxis und Partizipationsansätze, Arno Mersmann, Wuppertal

Best-Practice-Analyse zum Quartiermanagement mit dem Fokus „Integration von Migranten“, Volker Seidel, Solingen

Immobilieeigentümer mit Migrationshintergrund als Akteure im Quartier, Andreas Kapphan, Barbara König (Büro SMS Stadtforschung Migrationsstudien Sozialdatenanalysen), Berlin

Architektonische Gestaltung und soziales Zusammenleben, Joachim Brech, München

Public Space and Social Integration, Ali Madanipour (Universität Newcastle upon Tyne), Newcastle upon Tyne, UK

Großsiedlung und innerstädtisches Altbauquartier: Auswirkungen unterschiedlicher räumlicher Verhältnisse auf den Integrationsverlauf von Migranten, Walter Siebel (Carl-von-Ossietzky-Universität), Oldenburg

Sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes. Annäherung an ein neues Forschungsgebiet, Annegret Boos-Krüger (HA Hessen Agentur GmbH, früher: Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen), Kassel

Die im Auftrag der Schader-Stiftung vom Difu angefertigte Studie *Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab* wurde dem Expertenforum ebenfalls für seine Arbeit zugänglich gemacht. Diese Studie liegt als weitere ergänzende Publikation zu den hier vorgestellten Empfehlungen vor.

Das Thema „Islamismus“ diskutierte das Expertenforum am 18. Mai 2004 mit PD Dr. Tania Puschnerat vom Bundesamt für Verfassungsschutz. In Diskussionen mit weiteren Gastreferenten hat das Expertenforum zudem Forschungsstand und praktische Erfahrungen der Niederlande und Frankreichs mit der sozialräumlichen Integration von Zuwanderern für seine Aufgabenstellung ausgewertet, nämlich in der Sitzung vom 28. Juni 2004 mit Professor Maurice Blanc, Universität Strasbourg, und Professor Godfried Engbersen, Universität Rotterdam.

Die Sitzungen des Expertenforums hat der Leiter des Gesamtprojekts, Christoph Kulenkampff (Schader-Stiftung), moderiert.

Das Expertenforum dankt Frau Dr. Krüger-Conrad und Frau Münch von der Schader-Stiftung als Projektgeschäftsstelle für die Vorbereitung und Auswertung seiner Sitzungen, die Organisation seiner Arbeit und die redaktionelle Arbeit an diesem Bericht.

2. Städte im Praxis-Netzwerk

Berlin-Mitte mit Moabit-West

Moabit-West: Innerstädtisches Altbauquartier (Mischnutzung); nördlicher Teil: traditionelles Arbeiter- und Zuwandererquartier, sehr dicht besiedelt; südlicher Teil: „Moabiter Vorderhaus“, traditionell bürgerlicher „Kiez“ von Moabit

Essen mit Altendorf und Bergmannsfeld

Altendorf: Wohnquartier am Rand der Innenstadt mit gemischtem Wohnungsbestand überwiegend aus der Nachkriegszeit; Programmgebiet der „Sozialen Stadt“

Bergmannsfeld: Ende der 1960er-Jahre gebaute Großsiedlung mit bis zu 10 Geschossen; Bestände überwiegend im Eigentum der LEG-NRW

Frankfurt am Main mit der Nordweststadt

Nordweststadt: Größte Frankfurter Wohnsiedlung; in den 1960er-/70er-Jahren als modellhaftes Wohnquartier erbaut; Großwohnsiedlung mit sozialem Wohnungsbau und Eigenheimen in Stadtrandlage und großem Einkaufszentrum; Bestände im Eigentum öffentlicher Wohnungsunternehmen

Hamburg mit Mümmelmannsberg und Schiffbeker Berg

Mümmelmannsberg: Großwohnsiedlung aus den 1960er-/70er-Jahren in Stadtrandlage; verdichteter Wohnungsbau mit Hochhäusern im Zentrum; sozialer Wohnungsbau; Sanierungsgebiet

Schiffbeker Berg: Verdichtetes Wohnquartier mit gemischtem Wohnungsbestand aus den 1960er/70er-Jahren; keine eindeutige Gebietsabgrenzung

Hannover mit Mittelfeld

Mittelfeld: Wohngebiet am Rand der Innenstadt mit gemischtem Wohnungsbestand überwiegend aus der Nachkriegszeit; Programmgebiet der „Sozialen Stadt“

Mannheim mit Neckarstadt-West und Durlacher Straße

Neckarstadt-West: Größtes Mannheimer Stadterweiterungsgebiet der Gründerzeit (Mischnutzung) in unmittelbarer Lage zur Innenstadt; zum Teil Programmgebiet der „Sozialen Stadt“

Durlacher Straße (Rheinau): 1970er-Jahre Wohnanlage in Hochhaus-Bauweise am Stadtrand; sozialer Wohnungsbau; Programmgebiet „Soziale Stadt“

München mit Moosach

Moosach: Wohnquartier am Rand der Innenstadt mit gemischtem Bestand überwiegend aus der Nachkriegszeit

Nürnberg mit Langwasser und der Südstadt

Langwasser: Stadterweiterungsgebiet aus den 1960er/70er-Jahren in Stadtrandlage (im Südosten Nürnbergs); vorwiegend sozialer Wohnungsbau, aber auch Eigentumswohnungen und Eigenheimgebiete; mehrere größere Wohnungsunternehmen als Eigentümer

Südstadt: Innerstädtisches Altbauquartier mit Mischnutzung; viele Wohngebäude in der Nachkriegszeit wieder errichtet; traditionelles Arbeiter- und Migrantenquartier; sehr dicht besiedelt; überwiegend Einzeleigentümer; Teilgebiet der nördlichen Südstadt ist Programmgebiet „Soziale Stadt“

VI. Literaturverzeichnis

AiD / Ausländer in Deutschland 4/2002 (Schwerpunkt: Bildung), 18.

Jg., o. S. URL: http://www.isoplan.de/aid/2002-4/beruf_bild.htm

AiD / Integration in Deutschland 3/2004 (Schwerpunkt: Interkulturelle Konflikte und Kriminalität), 20. Jg., 7

Alt, Jörg, 2003: Leben in der Schattenwelt. Problemkomplex „illegale“ Migration. Karlsruhe: von Loeper Literaturverlag

Asmuth, Tobias, 2004: Mama lernt Schwäbisch. In: Frankfurter Rundschau vom 23.6.2004

Bade, Klaus / Oltmer, Jochen, 2004: Normalfall Migration. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung

Baumert, J. / Artelt, C. / Klieme, E. / Neubrand, M. / Prenzel, M. / Schiefele, U. / Schneider, W. / Schümer, G. / Stanat, P. / Tillmann, K.J. / Weiß, M. (Hrsg.), 2002: Pisa 2000 — Die Länder der Bundes-

republik Deutschland im Vergleich: Zusammenfassung zentraler Befunde. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.

URL: http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/PISA_E_Zusammenfassung2.pdf

Belegungsmanagement in der integrierten Stadt(teil)entwicklung,

2003: Dokumentation des Fachgesprächs am 11. Dezember 2003 in Dortmund. Veranstalter: Institut für Landes- und Stadtentwick-

lungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW) und LEG Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung GmbH

- Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, 2001: Berlin. Internet: Über <http://www.bmi.bund.de/> gelangt man unter dem Schwerpunkt „Zuwanderung“ unter Daten und Fakten zum Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ wie auch zu den im Auftrag erstellten Gutachten

Bielka, Frank, 2004: Kommunale Wohnungswirtschaft ist Stadtentwicklung. In: Die Wohnungswirtschaft 11/2004, 12-16

Blok-Kommission, 2004: Summary, conclusions and recom-

mendations (Englische Zusammenfassung des Reports der Blok-

Kommission zur Integration der Zuwanderer in den Niederlanden).
URL: http://www.tweedekamer.nl/organisatie/voorlichting/commissies/eindrapport_integratiebeleid.jsp

Bucher, Hansjörg / Kocks, Martina / Schlömer, Claus, 2002: Künftige internationale Wanderungen und die räumliche Inzidenz von Integrationsaufgaben. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), Internationale Wanderungen und räumliche Integration, Heft 8/2002, 415-430

Bude, Heinz, 1998: Die Überflüssigen als transversale Kategorie. In: Peter Berger / Michael Vester (Hrsg.), Alte Ungleichheiten - Neue Spaltungen. Opladen: Leske + Budrich, 363-382

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, 2004: Vorschläge zur Verbesserung der Bildungsberatung für Personen mit Migrationshintergrund. Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung. Heft 118. Bonn

Buschmann, Birgit, 2003: Ausländische Selbstständige und ihre soziale und wirtschaftliche Bedeutung, Vortrag beim DtA-Forum „Wirtschaftsdynamik durch Existenzgründungen von Migranten?“ am 17. Juni 2003 (Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim)

Commission of the European Communities, 2004: Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. First Annual Report on Migration and Integration. Brussels.
URL: http://europa.eu.int/eur-lex/en/com/cnc/2004/com2004_0508en01.pdf

Cyrus, Norbert, 2000: Mobile Migrationsmuster. Zuwanderung aus Polen in die Bundesrepublik. In: Berliner Debatte INITIAL 11, Nr. 5/6, 95-103

Die Vielvölker-Stadt. In: GEO 5/2004, 132-140

Dönitz, Ulrich / Farr-Rolf, Gabriele, 2002: Konfliktmanagement in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Hrsg. von: Stadt Dortmund, Stadtplanungsamt, Abteilung Stadterneuerung,

Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen u. Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. URL: <http://www.ils.nrw.de/publik/pdf/konfliktmanagement.pdf>

Erdmann, Kathrin, 2004: Durchblick bis in den letzten Winkel. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 20.10.2004, 9

Esser, Hartmut, 2000: Soziologie. Spezielle Grundlagen. Bd. 2. Die Konstruktion der Gesellschaft. Frankfurt, New York: Campus

EVALO, 2004: Eröffnung von Anpassungsfähigkeit für lebendige Orte. Endbericht Gesamtprojekt. Hrsg. von: Brandt, Heike / Holzapfel, Helmut / Hopmeier, Ilka. Kassel

EVALO-Begleitdokumentation, 2004: „Die Mischung macht's" (Publikation im Kalenderformat)

S-

• Fassmann, Heinz / Kohlbacher, Josef / Reeger, Ursula (Hrsg.), 2002: Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich. Klagenfurt, Celovec: Drava Vlg.

Firat, Serap, 2002: Die Bedeutung der Wohneigentumsbildung für den Eingliederungsprozess von Migranten. Das Beispiel der türkischen Bevölkerung in Köln. Unveröff. Diplomarbeit

Firat, Serap / Laux, Hans Dieter, 2003: Wohneigentumsbildung von Migranten - ihre Bedeutung für die räumliche und individuelle Eingliederung am Beispiel der türkischen Bevölkerung in Köln. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Heft 6.2003, 389-400

• Floeting, Holger / Henckel, Dietrich, 2003: Jobnomaden, Schwarzarbeiter und arabische Pizzabäcker: „Zukünfte" städtischer Arbeitsmärkte? In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK). Bd. II/2003, 59-84

GdW, 1998: Überforderte Nachbarschaften. Zwei sozial,

3

wissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und den neuen Bundesländern. GdW Schriften 48 aus der Reihe GdW Schriften des GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. Köln und Berlin

76

- GdW, 2004: Mietwohnungen in Deutschland - ein attraktives und wertbeständiges Marktsegment. Entwicklung, Besonderheiten und aktuelle Trends im internationalen Vergleich. GdW-Branchenberichte August 2004
- Göschel, Albrecht, 2001: Integration und Stadt. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK). Bd. I/2001, 5-11
- Grandt, Brigitte / Hanhörster, Heike, 2003: Potenziale der Wohneigentumsbildung von Migrantinnen und Migranten in benachteiligten Stadtteilen. Institut für Landes- und Stadtteilentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen. Dortmund
- Hanhörster, Heike, 2004: Eigentumsbildung als Wohn- und Integrationskarriere? In: Plattform, Informationen aus dem Landesprogramm des Sozialministeriums NRW Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern. 1/2004, 32-36
- Häußermann, Hartmut / Kronauer, Martin / Siebel, Walter (Hrsg.), 2004: An den Rändern der Städte. Frankfurt: edition suhrkamp
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter, 2001: Soziale Integration und ethnische Schichtung - Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter, 2004: Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt, New York: Campus
- IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH, 2004: Zwischenevaluierung des Bund-Länder-Programms „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt. Berlin
- Idik, Ercan / Schnetger, Meike, 2004: Barrieren einer Migrantenökonomie und Bedingungen einer geeigneten Förderstruktur. In: Walter Hanesch / Kirsten Krüger-Conrad (Hrsg.): Lokale Beschäftigung und Ökonomie. Herausforderung für die Soziale Stadt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 163-183
- Jaeckel, Monika / Erler, Wolfgang, 2003: „Eigentlich sind wir hier schon das Vereinte Europa“. Integration vor Ort gestalten. Hand

lungsmodelle für die nachhaltige Integration von Familien mit Migrationshintergrund in Kommune und Stadtteil. München: Deutsches Jugendinstitut

Kandel, Johannes, 2002: Islam und Muslime in Deutschland. Internationale Politik und Gesellschaft Online. In: International Politics and Society 1/2002. URL: http://fesportal.fes.defpls/porta130/docs/FOLDER/IPG/IPG1_2002/ARTKANDEL.HTM

Kandel, Johannes, 2003a: Lieber blauäugig als blind. Anmerkungen zum „Dialog“ mit dem Islam. Friedrich-EbertStiftung. In: Islam und Gesellschaft Nr.2. URL: <http://www.fesonline-akademie.de/download/pdf/blauaeugig.pdf>

Kandel, Johannes, 2003b: Organisierte Muslime in Deutschland zwischen Integration und Abgrenzung. Vortrag beim Symposium der Senatsverwaltung für Inneres „Islamismus in Deutschland“ am 30. Oktober 2003

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung, 2004: Integrationsarbeit effektiv organisiert. Ein Handbuch für Kommunen. URL: http://www.kgst.de/menu_links/Produkte/downloads/weitere_beitraege_und_dokumentationen/integrationsarbeit_effektiv_organisiert/integrationsarbeit_handbuch.pdf

Konzept der Landesregierung zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein. Juni 2002. URL: http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/sgenerator/Aktueller_20Bestand/IM/Bericht_20_2F_20Gutachten/PDF/Integrationskonzept,property%PDF.pdf

Krämer-Badoni, Thomas, 2004: Integration: Ein Plädoyer für klare Linien. Vortrag anlässlich einer Tagung der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung am 28.1.2004. URL: http://www.politische-Bildung-brandenburg.de/Programm/vortraege/integration_kraemer_badoni.pdf

Krummacher, Michael, 2004: Kommunale Integrationspolitik und interkulturelles Quartiersmanagement in multiethnischen Stadtteilen. In: A. Treichler / N. Cyrus (Hrsg.), Handbuch Soziale Arbeit

- in der Einwanderungsgesellschaft. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel-Verlag, 269-291
- Maron, Thomas, 2002: Klassenzimmer mit Aussicht. Hannover-Vahrenheide ist kein Vorzeigestadtteil, doch die Gesamtschule kann Erfolge vorweisen — jenseits von Pisa. In: Frankfurter Rundschau vom 20.6.2002
- Meier-Braun, Karl-Heinz, 2002: Deutschland, Einwanderungsland. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Migration und Bevölkerung, 06/2004: Frankreich: Bericht über Segregation und islamischen Extremismus in den Vorstädten. URL: http://www.migration-info.de/migration_und_bevoelkerung/archiv/ausgaben/ausgabe0406.pdf
- Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, 2003: Modellprojekt „Interkulturelle Stadtentwicklung“, URL: http://www.stadtplanung-dr-jansen.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/interkult-stadtent.pdf
- Mitreden am Modell, 2002: Dokumentation des Bewohner/innenbeteiligungsverfahrens nach der Methode „Planning for Real“ im Flüsseviertel-Süd von Oktober 2001 bis Januar 2002. Hrsg. v. STEG Hamburg mbH, Quartiersbüro Lurup.
URL: <http://www.unser-lurup.de/stadtteilentwicklung/download/Mitreden%20am%20Modell.pdf>
- Müller, Christa, 2002: Wurzeln schlagen in der Fremde. Internationale Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse. München: ökom Verlag
- Münz, Rainer / Ulrich, Ralf E., 2000: Migration und zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. In: Klaus J Bade / Rainer Münz (Hrsg.), Migrationsreport 2000. Frankfurt am Main: Campus, 23-57
- Nasemann, Andrea, 2001: Auf gute Nachbarschaft. Das Gesetz zur Reform des sozialen Wohnungsbaus soll Ghettobildungen vermeiden. In: Süddeutsche Zeitung vom 13.12.2001
-

- Özcan, Veysel, 2004: Ausländische Selbstständige in Deutschland. In: Walter Hanesch / Kirsten Krüger-Conrad (Hrsg.), Lokale Beschäftigung und Ökonomie. Herausforderung für die Soziale Stadt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 137-162
- PISA, 2001: URL für: „Lernen für das Leben. Erste Ergebnisse der internationalen Schulleistungsstudie PISA 2000“ unter: [http://www.pisa.oecd.org/Docs/Download/PISA2001\(deutsch\).pdf](http://www.pisa.oecd.org/Docs/Download/PISA2001(deutsch).pdf)
- Planerladen e.V. (Hrsg.), 2004: Diskriminierung im Wohnbereich bekämpfen. Freizügigkeit von Zuwanderern sichern. Experten-Workshop. Eine Dokumentation. Dortmund
- Planning for Real beim Planwagen, 2003: Dokumentation des Beteiligungs- und Planungsverfahrens für den SAGA-Spielplatz Peene-/Trebelstraße im Flüsseviertel-Süd Hamburg-Lurup. Schriftenreihe der SAGA-Geschäftsstelle Osdorf / Heft 3. URL: <http://www.unser-lurup.de/stadtteilentwicklung/download/Doku-Spielplatz-Pee-nestr-Trebelstr.pdf>
- Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration, 2004: Migration und Integration - Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Jahresgutachten 2004. Nürnberg. URL: http://www.bafg.de/template/zuwanderungsrat/gutachten_2004/gutachten_2004_gesamt_000_480.pdf
- Salentin, Kurt, 2004: Ziehen sich Migranten in „ethnische Kolonien“ zurück? In: Klaus Bade / Michael Bommers / Rainer Münz (Hrsg.), Migrationsreport 2004. Fakten, Analysen Perspektiven. Frankfurt / New York: Campus, 97-116
- Scherer, Herbert, 2003: Kulturelle Segregation - Zweisprachigkeit - Integration - Assimilation. Vortrag bei der Jahrestagung Stadtteilarbeit 2003 „MigrantInnen im Stadtteil“. 19.-21.11.03 in Hannover. URL: http://www.stadtteilarbeit.de/index.html?/Seiten/Theorie/scherer/kontroversen_migration.htm
- Schmidt, Caroline, 2004: „Mir fehlen so lange Wörter.“ In: Spiegel special 03/2004. URL: <http://www.spiegel.de/spiegelspecial/0,1518,317061,00.html>

- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina / Floeting, Holger / Reimann, Bettina, 2005: Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab. Darmstadt: Schader-Stiftung / Deutsches Institut für Urbanistik
- Simmel, Georg, 1992: Exkurs über den Fremden. In: Ders., Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe Band II. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 764-771
- Soldt, Rüdiger, 2004: Wir können alles außer Deutsch. „Nachholende Integration" heißt das Konzept zur Ausländereingliederung der Stadt Stuttgart. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Mai 2004
- Steins, Gisela / Nothbaum, Norbert / Kämper, Andreas / Mölder, Margit / Müller, Norbert, 2003: Zu den Bedingungen von Integration in unterschiedlichen Hausgemeinschaften bei türkischen und deutschen Mietern. In: Umweltpsychologie 1/2003, 7. Jg., 108-123
- Straßburger, Gaby, 2001: Evaluation von Integrationsprozessen in Frankfurt am Main. Hrsg. vom: Dezernat für Integration. Frankfurt am Main. URL: http://www.stadt-frankfurt.de/amka/deutsch/veroeffentlichungen/Ges_Vers_studie.pdf
- Terlinden, Ulla, 2003: Migration und „Transnationale Soziale Räume". In: RaumPlanung 111 Dez. 2003, 235-240
- „Veddel - die neue Schanze. Alternatives Wohnen am Wasser - für 178 Euro pro WG-Zimmer" In: Hamburger Morgenpost vom 17. Juli 2004
- Zentrum für Türkeistudien, 2003: Die Wirtschaftskraft der türkischen Selbstständigen in Deutschland, NRW und der Europäischen Union. Essen
- Zwicklhuber, Maria (Hrsg.), 2003: Interkulturelles Zusammenleben und Integration als kommunalpolitische Herausforderung. Handbuch für die interkulturelle Gemeindearbeit. Interkulturelles Zentrum. URL: <http://doku.cac.at/handbuchfuergemeinden.pdf>

VII. Fundstellen für Praxisbeispiele

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2003: Auf Worte folgen Taten. Gesellschaftliche Initiativen zur Integration von Zuwanderern. Verlag Bertelsmann Stiftung.

Der Sammelband dokumentiert etwa 1.000 Projekte zur Integration, die nach Bundesländern gegliedert sind.

Fünfsinn, Helmut, 2001: Kommunale Kriminalprävention. Ausgewählte „best practices“ und ihre Verbreitung. In: SchaderStiftung (Hrsg.), wohn:wandel. Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens. Darmstadt, 351-362

Good-Practice-Center (GPC).

URL: <http://www.good-practice.de/loesungen>

Ziel des Good-Practice-Centers ist es, Kompetenzen, Erfahrungen, Ideen und erprobte Lösungen in der beruflichen Förderung von Benachteiligten allgemein zugänglich zu machen - eine zentrale Stelle der Dokumentation, der Information, des Transfers und der Vernetzung.

Handbook an Integration for policy-makers and practitioners, 2004. European Commission. Directorate-General Justice, Freedom and Security. URL: http://europa.eu.int/comm/justice_home/doc_centre/immigration/integration/doc/handbook_en.pdf

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW), Fachbereich Stadtentwicklung und Gesellschaft (Hrsg.), 2004, Belegungsmanagement in der integrierten Stadt(teil)entwicklung. Dokumentation des Fachgesprächs am 11. Dezember 2003 in Dortmund. Dokumentiert sind u.a. Praxisbeispiele aus Bielefeld, Siegen und Monheim. URL: <http://www.ils.nrw.de/publik/pdf/belegungsmanagement.pdf>

IMINET. URL: http://www.lawaetz-stiftung.de/extern/iminet/iminet_projekt.html

IMINET ist der Kurztitel für das transnationale Projekt „Netzwerkarbeit zur Förderung der Integration von MigrantInnen in den Arbeitsmarkt“. Es wurde unterstützt durch das Programm „Vorbereitende Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung“ der Europäischen Kommission und hatte eine Laufzeit von 14 Monaten (Februar 2002 bis März 2003).

Innovative Projekte im Städtebau (IProS). URL: <http://www.werkstatt-stadt.de/ipros/index.php>

Integrationskompass Hessen.

URL: <http://www.sozialnetz.de/integrationskompass>

Eine Projekt- und Informationsdatenbank rund um das Thema „Integration“.

Jaeckel, Monika / Erler, Wolfgang, 2003: „Eigentlich sind wir hier schon das Vereinte Europa“. Integration vor Ort gestalten. Handlungsmodelle für die nachhaltige Integration von Familien mit Migrationshintergrund in Kommune und Stadtteil. München: Deutsches Jugendinstitut

Krummacher, Michael / Waltz, Viktoria, 2000: Ruhrgebiet: Migration und Stadtentwicklung in einer altindustrialisierten Region. Herausforderungen, Versäumnisse und ‚best-practice`-Beispiele. In: Klaus Schmals (Hrsg), Migration und Stadt. Entwicklungen, Defizite, Potentiale. Opladen: Leske + Budrich, 215-237

LEG-Magazin 3/2004. (NRW) Thema: Soziales Engagement. Mieterbedürfnisse im Mittelpunkt. URL: <http://www.leg-nrw.de/service/maga0304/LEGmagazin-3-04.pdf>

Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, 2003: Modellprojekt „Interkulturelle Stadtentwicklung“

Müller, Christa, 2002: Wurzeln schlagen in der Fremde. Internationale Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse. München: ökom Verlag

Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, 1999: Intakte Stadtquartiere. Maßnahmenkatalog zur Beseitigung und Vermeidung sozialer Fehlentwicklungen. Überblick mit Beispielen aus der Praxis.

Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, 1999: Sozialarbeit von Wohnungsunternehmen. Neue Herausforderungen für die Wohnungsunternehmen im Zuge des sozialen und demographischen Wandels. Arbeitsblätter zum Wohnungsbau. URL: http://www.stmi.bayern.de/imperia/md/content/stmi/bauen/wohnungswesen/soz_manag/arb_blat/arb_bl_sozialarbeit.pdf

Praxisdatenbank Soziale Stadt. URL: <http://www.soziale-stadt.de/praxisdatenbank/>

Die Praxisdatenbank enthält sowohl Beispiele aus den strategischen Handlungsfeldern als auch Darstellungen gebietsbezogener Projekte aus den inhaltlichen Handlungsfeldern integrativer Stadtelemententwicklung. Sie enthält gegenwärtig ca. 350 Einträge von Projekten und Beispielen, die zum Großteil mehrere Handlungsfelder zugleich abdecken.

Preis Soziale Stadt. URL: (2000) <http://www.schader-stiftung.de/docs/preissozialestadt2000.pdf> sowie (2002) http://www.schader-stiftung.de/docs/preis_soziale_stadt_dokumentation_2002.pdf Einen Beitrag zur öffentlichen Würdigung sozialer Projekte in den

Städten und Wohnquartieren leistet der erstmals im Jahr 2000 ausgelobte Wettbewerb um den „Preis Soziale Stadt“. In den Publikationen zur Preisverleihung ist eine Vielzahl von Projekten dokumentiert.

Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration, 2004: Migration und Integration — Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Jahresgutachten 2004. Nürnberg. URL: http://www.bafI.de/template/zuwanderungsrat/gutachten_2004/gutachten_2004_gesamt_000_480.pdf

Stadtteilarbeit.de. URL: <http://www.stadtteilarbeit.de/>

Unter dem Link „Projekte“ gelangt man zu einer ausführlichen Vorstellung verschiedener Projekte, häufig mit migrantenspezifischem Bezug.

Städte-Netzwerk NRW.

URL: http://www.netzwerk.nrw.de/rjp_2003_15.htm

Unter der Überschrift „Abkupfern erwünscht“ befindet sich eine Linkliste zu Projekten und Kontaktadressen.

Zentrale Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (Hrsg.), 2003: Städtebau und Kriminalprävention. Eine Broschüre für die planerische Praxis. Stuttgart. URL: <http://www.polizei.propk.de/mediathek/fachpublikationen/pdf/staedtebau.pdf>

Zwicklhuber, Maria / Interkulturelles Zentrum Wien (Hrsg.), 2003: Interkulturelles Zusammenleben und Integration als kommunalpolitische Herausforderung. Handbuch für die interkulturelle Gemeindearbeit

S.65-77: Beispiele der Integrationsarbeit aus dem In- und Ausland
